

Internationale Arbeitskonferenz, 98. Tagung 2009

Bericht des Generaldirektors

Beilage

Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete

Internationales Arbeitsamt Genf

ISBN 978-92-2-720630-3
ISSN 0251-4095

Erste Auflage 2009

Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie die Anordnung und Darstellung des Inhalts sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

Veröffentlichungen des IAA können bei größeren Buchhandlungen, den Zweigämtern des IAA in zahlreichen Ländern oder direkt beim Internationalen Arbeitsamt: ILO Publications, CH-1211 Genf 22, Schweiz, bestellt werden. Auf Anfrage (pubvente@ilo.org) sind kostenlos Kataloge oder Verzeichnisse neuer Veröffentlichungen erhältlich.

Siehe auch unsere Website: www.ilo.org/publns.

Vorwort

Im Einklang mit dem Mandat der Internationalen Arbeitskonferenz habe ich in diesem Jahr erneut eine hochrangige Mission in die besetzten arabischen Gebiete, nach Israel, in die Arabische Republik Syrien und zur Arabischen Arbeitsorganisation und der Liga der Arabischen Staaten in Kairo entsandt, um über die Lage der arabischen Arbeitnehmer der besetzten Gebiete zu berichten. Die Mission konnte auf die volle Unterstützung aller beteiligten Parteien zählen, wofür ich sehr dankbar bin. Dies unterstreicht die breite Unterstützung der von der IAO verkörperten Werte.

Meine Vertreter führten ausführliche Gespräche mit zahlreichen Gesprächspartnern der Palästinensischen Behörde und der Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in den besetzten arabischen Gebieten, Mitgliedsgruppen in Israel und der Arabischen Republik Syrien und mit Vertretern der Vereinten Nationen und internationaler und nichtstaatlicher Organisationen. Alle lieferten wertvolle Informationen und Einblicke in die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete, die in die Ausarbeitung dieses Berichts eingeflossen sind. Die Mission hat ihre Tätigkeit zur Ermittlung der Tatsachen wie immer mit großem Engagement und der gebotenen Unparteilichkeit durchgeführt.

Der Bericht zeichnet ein düsteres Bild der menschlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in den besetzten arabischen Gebieten, überschattet von den festgefahrenen Friedensverhandlungen. Deutlich wurden bemerkenswerte Unterschiede zwischen Gaza und dem Westjordanland, aber auch einige gemeinsame Probleme.

Nach dem verheerenden Krieg am Jahreswechsel enthält die Situation in Gaza alle Elemente einer menschlichen Katastrophe. Die Bevölkerung ist vom Rest der Welt vollständig abgeschnitten und lebt von internationaler Hilfe. Angesichts tausender geschlossener Betriebe und arbeitsloser Menschen ist die moderne Wirtschaft zum Stillstand gekommen. An ihre Stelle sind informelle, provisorische Tätigkeiten und die „Tunnelwirtschaft“ getreten.

Die Narben des Krieges werden noch lange sichtbar sein. Pläne für den Wiederaufbau Gazas liegen auf Eis, denn notwendig sind Mindestfortschritte bei der Erleichterung des Zugangs und Güterverkehrs, was wiederum von einer dringend notwendigen Aussöhnung palästinensischer politischer Führer abhängig ist. Je länger die vollständige Abriegelung Gazas andauert, desto stärker das Gefühl einer „kollektiven Bestrafung“ seiner Bevölkerung, ein Gefühl, das von den Palästinensern in den besetzten arabischen Gebieten geteilt wird.

Die arabische Bevölkerung Ostjerusalems steht unter immer größerem Druck in Bezug auf Wohnungen, Habitat, Wohnrechte und somit auch auf Arbeitsplätze und den Lebensunterhalt. Ostjerusalem ist im Grunde genommen von seinem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext im Westjordanland abgeschnitten worden.

Im Gegensatz dazu gibt es bei der Lage der Arbeitnehmer und Familien im Westjordanland offenbar leichte Verbesserungen im Bereich der Sicherheit und der Wirtschaft. Durch die Flaute war es jedoch nicht möglich, dem Rückgang der Durchschnittseinkommen und den desolaten Beschäftigungsaussichten Einhalt zu gebieten oder diese Situation sogar umzukehren. Die Abriegelungsmaßnahmen, einschließlich der Sperrmauer und verstärkter Siedlungstätigkeiten auf besetztem Gebiet, haben das Sprießen wirtschaftlicher Triebe verhindert.

Diese Entwicklungen sind insgesamt Anlass zu größter Sorge. Sie müssen im Zusammenhang mit den festgefahrenen Friedensverhandlungen gesehen werden, die noch nicht zu greifbaren Ergebnissen geführt haben. Das düstere Bild wird zusätzlich überschattet von den sich hinziehenden Diskussionen über die Bildung einer gemeinsamen Regierungsplattform der palästinensischen politischen Parteien.

Im Angesicht der wirtschaftlichen und sozialen Not streben die Palästinenser hehre Ziele an – wie meine Vertreter erneut festgestellt haben. Die große Mehrheit will in Frieden Pläne für die eigene Zukunft, ihre Kinder und einen eigenen Staat verwirklichen. Diese Bestrebungen kollidieren ständig mit den düsteren Aussichten der Gegenwart, die kaum Raum für Hoffnung lassen. Doch Hoffnung ist unabdingbar, um extreme Alternativen zu bekämpfen, die keine Zukunft haben.

Die palästinensische Bevölkerung ist jung. Über die Hälfte der Menschen im erwerbsfähigen Alter ist zwischen 15 und 29 Jahre alt. Wenn es ihnen gelingt, eine Sekundarausbildung abzuschließen, haben sie nur geringe Beschäftigungsmöglichkeiten. Tatsächlich sind über die Hälfte der 15 bis 29-Jährigen weder in einer Ausbildung noch in einer Beschäftigung. Dies wäre überall eine Verschwendung kostbarer Humanressourcen, im Kontext der besetzten Gebiete ist es jedoch eine gefährliche Mischung.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, hat kürzlich „neuen Schwung bei der Suche nach einer Lösung für den Konflikt im Nahen Osten“^{*}, eine Wiederaufnahme der direkten israelisch-palästinensischen Verhandlungen und ein Engagement der internationalen Gemeinschaft gefordert.

Massive internationale Hilfe und die außergewöhnlichen Bemühungen der Organisationen der Vereinten Nationen vor Ort helfen den Palästinensern, die Lage zu meistern. Aber die Lage zu meistern ist kein Leben. Wie die IAO oft betont hat, ist wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt eine Voraussetzung für politische Entwicklungen sowie eine Folge davon. Die Situation der besetzten arabischen Gebiete, einschließlich des syrischen Golan, erfordert beides.

Die IAO engagiert sich. Dieses Engagement hat seine Wurzeln in den Werten, die von der Organisation vertreten und die von ihrer globalen Mitgliederschaft nachdrücklich unterstützt werden. Die IAO hat ein umfassendes Programm der technischen Zusammenarbeit entwickelt, das sich mit den Herausforderungen im Bereich der Beschäftigung befasst, die im Palästinensischen Reform- und Entwicklungsplan genannt werden, der im Mai 2008 förmlich vom Palästinensischen Minister für Arbeit und Planung gebilligt wurde.

Das System der Vereinten Nationen, einschließlich der IAO, hat einen Palästinensischen Plan für raschen Wiederaufbau und wirtschaftliche Erholung für Gaza erstellt. Bei den Bemühungen um eine Koordination mit der Palästinensischen Behörde und der Arbeit als einem Landesteam im Rahmen der einheitlichen Landespräsenz der VN (One UN) wurden große Fortschritte erzielt.

^{*} Pressekonferenz, 5 Mai 2009.

Die Mission hat erneut auf die Rolle der Sozialpartner und die von ihnen benötigte und von der IAO zu erwartende Unterstützung hingewiesen. Ihr Beitrag zur der Wiederbelebung angeschlagener Unternehmen und Betriebe ist in jedem Fall von essentieller Bedeutung.

Die internationale Gemeinschaft muss sich nachdrücklicher engagieren, um die nicht endende Reihe von Schicksalsschlägen der Palästinenser der besetzten arabischen Gebiete zu beenden und ihnen zu ermöglichen, ihr legitimes Recht auf einen eigenen Staat auszuüben, in Würde und in Frieden mit all ihren Nachbarn.

Mai 2009

Juan Somavia
Generaldirektor

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
Vorwort.....	iii
Einleitung.....	1
1. Jüngste Entwicklungen und der Friedensprozess	3
2. Gaza: Zerstörte Existenzgrundlagen	5
3. Hindernisse für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Westjordanland und in Gaza	9
4. Der besetzte syrische Golan.....	25
5. Verbesserte öffentliche Verwaltung und sozialer Dialog.....	27
6. Schlussfolgerungen	30
Quellennachweis	35
Anhang. Verzeichnis der Gesprächspartner	39

Einleitung

1. Im Einklang mit der EntschlieÙung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Lage der arabischen Arbeitnehmer, die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung (1980) angenommen worden war, entsandte der Generaldirektor in diesem Jahr erneut Missionen nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete sowie in die Arabische Republik Syrien und nach Ägypten, um eine möglichst umfassende Beurteilung der Lage der Arbeitnehmer der Gebiete (des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalems, des Gazastreifens und des besetzten syrischen Golan) vorzunehmen¹.
2. Die Vertreter des Generaldirektors lieÙen sich von den in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, einschließlich der Erklärung von Philadelphia, sowie der Erklärung der IAO über grundlegende Rechte und Prinzipien bei der Arbeit und der Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung niedergelegten Grundsätzen und Zielen leiten. Außerdem orientierten sie sich an den von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen EntschlieÙungen sowie an den in einschlägigen internationalen Arbeitsnormen niedergelegten und von den Aufsichtsgremien der IAO aufgestellten Grundsätzen.
3. Bei der Prüfung aller anstehenden Fragen, sowohl während der Missionen als auch bei der Ausarbeitung dieses Berichts, lieÙen sich die Vertreter des Generaldirektors wie üblich von den einschlägigen Normen des Völkerrechts leiten, insbesondere vom Haager Abkommen von 1907 (betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs) und vom Vierten Genfer Abkommen von 1949 (über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegzeiten), die auch von Israel unterzeichnet worden sind. Sie berücksichtigten ferner die Schlussfolgerung des Internationalen Gerichtshofs in seinem Gutachten vom 9. Juli 2004, dass nämlich der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und das Übereinkommen über die Rechte des Kindes, die sämtlich von Israel ratifiziert wurden, auch auf Handlungen anwendbar sind, die der Staat in Ausübung seiner Hoheitsgewalt außerhalb seines eigenen Staatsgebietes vornimmt (IGH, 2004)².

¹ Der Golan ist seit 1967 von Israel besetzt und wurde 1981 einseitig von Israel annektiert. Wie bereits in früheren Berichten dargelegt, hat die israelische Regierung ihren Standpunkt in der Frage des Golan wie folgt formuliert: „Ziel der Mission des IAA ist die Sammlung von Informationen für den Bericht des Generaldirektors über die besetzten arabischen Gebiete. Die Regierung Israels vertritt den Standpunkt, dass der Golan, auf den die israelische Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung angewendet worden sind, kein solches Gebiet ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Mission des IAA als Zeichen des guten Willens und unter allem Vorbehalt die Genehmigung zum Besuch des Golan erteilt worden. Die Entscheidung, einen solchen offiziellen Besuch zu erleichtern, darf keinen Präzedenzfall darstellen und steht nicht im Widerspruch zum Standpunkt der israelischen Regierung.“ Am 17. Dezember 1981 nahm der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 497 an, in der Israel aufgefordert wird, den niemals von den Vereinten Nationen anerkannten Beschluss, den Golan zu annektieren, rückgängig zu machen.

² Siehe Abs. 111-113 des Gutachtens. Das Gutachten befasst sich nicht mit der Frage der Anwendbarkeit der von Israel ratifizierten internationalen Arbeitsübereinkommen in dem seit 1967 besetzten Gebiet.

4. Wie in früheren Jahren ließen sich die Missionen auch von den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung der Vereinten Nationen leiten, insbesondere von den Sicherheitsresolutionen Nr. 242 (1967) und 338 (1973).
5. Der Generaldirektor betraute Friedrich Buttler (als seinen Sonderbeauftragten), Tariq Hag, Sachverständiger für Beschäftigungsfragen im Regionalbüro für arabische Staaten in Beirut, und Martin Oelz, Referent für Rechtsfragen in der Hauptabteilung Internationale Arbeitsnormen, mit der Mission nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete, die vom 18. bis 25. April 2009 stattfand. Mounir Kleibo, Vertreter der IAO für das Westjordanland und Gaza, und Rasha El Shurafa, Programmverantwortliche im Büro des Vertreters der IAO in Jerusalem, führten sämtliche Vorbereitungen für die Mission durch, denen sie als Vollmitglieder angehörten.
6. Friedrich Buttler und Nada Al-Nashif, Regionaldirektorin für die arabischen Staaten, wurden betraut mit der Mission in die Arabische Republik Syrien, um dort am 26. April 2009 Gespräche mit der syrischen Regierung und den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu führen, und nach Ägypten, um dort am 27. April 2009 mit Vertretern der Arabischen Arbeitsorganisation und der Liga der arabischen Staaten zusammenzutreffen.
7. Im Verlauf der Missionen hatten die Vertreter des Generaldirektors zahlreiche Unterredungen und Treffen mit Gesprächspartnern auf israelischer, palästinensischer und syrischer Seite. Sie trafen Vertreter von verschiedenen Ministerien und Institutionen der Palästinensischen Behörde und der Regierung Israels, von Verbänden der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, nichtstaatlichen Organisationen und Forschungsinstitutionen sowie Führer von Gemeinwesen. Die Mission konsultierte auch Vertreter der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen³. Zum ersten Mal seit 2006 war die Mission des Generaldirektors in der Lage, mit Gesprächspartnern in Gaza zusammenzutreffen.
8. Der Generaldirektor ist allen beteiligten Parteien außerordentlich dankbar und möchte seiner Anerkennung dafür Ausdruck verleihen, dass seine Vertreter bei der Einholung der sachlichen Informationen, auf die sich dieser Bericht stützt, wie immer auf die volle Unterstützung aller Parteien, der Araber wie der Israelis sowie der Vertreter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, zählen konnten. Er dankt auch für die umfassende Unterstützung, die seinen Vertretern von den Behörden der Arabischen Republik Syrien, der Liga der arabischen Staaten, der Arabischen Arbeitsorganisation und dem Internationalen Bund Arabischer Gewerkschaften (ICATU) gewährt wurde. Die von den Regierungen Israels und der Arabischen Republik Syrien sowie vom Bund Arabischer Gewerkschaften erhaltenen schriftlichen Unterlagen werden dankend zur Kenntnis genommen.
9. Dieser Bericht berücksichtigt die von den genannten Missionen vor Ort erhaltenen Informationen sowie die von ihren Gesprächspartnern vorgelegten Unterlagen und andere öffentlich zugängliche Informationen. Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten Gebiete wurde von den Missionen einer unparteiischen und objektiven Prüfung unterzogen.

³ Ein Verzeichnis der Gesprächspartner findet sich im Anhang dieses Berichts.

1. Jüngste Entwicklungen und der Friedensprozess

Ein lähmendes Embargo

10. Dem Krieg in Gaza vom 27. Dezember 2008 bis zum 18. Januar 2009 ging nach der Machtübernahme durch die Hamas im Juni 2007 eine lange Zeit der Isolation Gazas voraus. Am 8. Januar 2009 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf seiner 6063. Sitzung die Resolution 1860, in der aufgerufen wurde zu einer sofortigen Waffenruhe, der ungehinderten Bereitstellung humanitärer Hilfe, internationalen Anstrengungen zur Milderung der wirtschaftlichen und humanitären Lage in Gaza und zu „erneuten dringenden Anstrengungen seitens der Parteien und der internationalen Gemeinschaft zur Herbeiführung eines umfassenden Friedens auf der Grundlage der Vision einer Region, in der zwei demokratische Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen leben, wie in der Resolution 1850 (2008) des Sicherheitsrats vorgesehen“, und außerdem erinnert wurde an die Wichtigkeit der Arabischen Friedensinitiative (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 2009a).

11. Über drei Monate nach dem Ende der israelischen Militäroperation dauert die strikte Abriegelung Gazas an, so dass die Bevölkerung völlig eingeschlossen ist. Nicht viel mehr als grundlegende humanitäre Hilfslieferungen dürfen eingeführt werden. Die Einfuhr von Baumaterial, Ersatzteilen und anderen industriellen Gütern ist fast vollständig verboten (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 2009b). Wiederaufbau und wirtschaftliche Erholung in Gaza sind Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Existenzgrundlagen und die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates.

12. Internationale Bemühungen um den Wiederaufbau Gazas „können ohne eine Öffnung der Übergänge, nicht nur für Lebensmittel und Medikamente, sondern auch für Material, Menschen und den Handelsverkehr nicht aufrechterhalten werden“, erklärte der VN-Sonderkoordinator für den Nahost-Friedensprozess, Robert Serry, nach seinem Besuch von Gaza am 25. März 2009 (UNSCO, 2009). Diese Erklärung besaß auch einen Monat später, als die Mission des IAA Gaza besuchte, noch immer uneingeschränkt Gültigkeit. Die Aufhebung des Belagerungszustandes ist eine Voraussetzung für den Bau der Zukunft. In Gaza erklärten mehrere Gesprächspartner der Mission, das Gefühl der Ungerechtigkeit führe zu wachsender Verzweiflung und werde früher oder später einen weiteren Teufelskreis der Gewalt auslösen. Sie vertraten die Ansicht, die internationale Gemeinschaft hätte noch nicht ausreichende Bemühungen unternommen, um der Belagerung ein Ende zu setzen.

Vertreibung der Palästinenser aus Ostjerusalem

13. Nach dem Völkerrecht ist Ostjerusalem ein besetztes Gebiet. Ostjerusalem wurde im Juni 1967 vom Staat Israel annektiert. Die internationale Gemeinschaft hat israelische Versuche, den Status der Stadt zu verändern, stets verurteilt.

14. Seit dem Bericht vom letzten Jahr über die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete hat die Regierung Israels weitere Maßnahmen unternommen, um den der palästinensischen Bevölkerung zur Verfügung stehenden Raum in Ostjerusalem zu begrenzen und bis 2020 deutlich zu verringern (PASSIA, 2007). Die Bürgerkoalition zur Verteidigung der Rechte der Palästinenser in Jerusalem (CCDRPRJ, 2008) erwähnt in diesem Zusammenhang die Kontrolle über das Land, die Ausweitung von Siedlungen, die Zerstörung von Häusern, die Einbeziehung oder den Ausschluss bestimmter Gebiete durch den Bau der Sperrmauer, deren Verlauf von der Waffenstillstandslinie von 1949 (Grünen Linie) abweicht, und sich verändernde Niederlassungsrechte und -genehmigun-

gen und somit den Zugang zu Bildung und Beschäftigung. Ein Mitglied der Regierung Israels bestätigte am 26. April 2009 Pläne, die 1.200 Hektar zwischen den Keidar- und Ma-ale-Adumim-Siedlungen in der Nähe von Ostjerusalem zu annektieren (Dumont, 2009).

Keine Alternative zu einer Zwei-Staaten-Lösung

15. Die neue israelische Regierung hat am 31. März 2009 die Amtsgeschäfte übernommen. Die internationale Gemeinschaft hat stets betont, die Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Prinzipien des Quartetts sei die einzige Alternative. In der Erklärung der Liga arabischer Staaten auf ihrem Gipfel in Damaskus vom 29. bis 30. März 2008 wurde die Arabische Friedensinitiative als der für einen dauerhaften Frieden in der gesamten Region des Nahen Ostens einzuschlagende Weg bezeichnet. Botschafter Sobeih, der Beigeordnete Generalsekretär der Liga, verwies erneut auf die Bedeutung dieses Ansatzes, als er 2009 mit der Mission des IAA zusammentraf. In der Resolution 1860 des Sicherheitsrates wird betont, „dass der Gazastreifen einen integralen Bestandteil des 1967 besetzten Gebiets darstellt und Teil des palästinensischen Staates sein wird“ (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 2009a).

16. Die Aufhebung des Belagerungszustandes ist zwar eine notwendige Voraussetzung für den Wiederaufbau Gazas, der Friedensprozess würde durch eine innerpalästinensische Aussöhnung jedoch sehr viel einfacher. Einige Geber haben ihre Hilfszusagen auf der Konferenz in Sharm-El-Sheikh am 2. März 2009 von Fortschritten bei dieser Aussöhnung abhängig gemacht, was auch in der VN-Sicherheitsratsresolution 1860 angeregt wurde. Internationale Organisationen, die humanitäre Hilfe leisten und den raschen Wiederaufbau planen, sind zur Durchführung dringend erforderlicher Programme bereit, sobald es die Bedingungen zulassen.

Dauerhafter Friede und soziale Gerechtigkeit

17. Das Eintreten für einen gerechten, dauerhaften und umfassenden Frieden, das Ende der Besatzung und die Schaffung eines palästinensischen Staates, mit dem Gazastreifen als integralen Bestandteil, der Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit Israel leben wird, ist weiterhin der übergeordnete Rahmen für die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete.

18. In diesem Jahr sprachen die Vertreter der Regierung Israels gegenüber der Mission des IAA von einer „völlig anderen Situation in Gaza und im Westjordanland“ und sie erklärten ihre Bereitschaft, wirtschaftlich relevante Projekte mit Beschäftigungspotential im Westjordanland zu fördern. In dem in diesem Bericht enthaltenen Überblick über die jüngsten Entwicklungen im Westjordanland wird die Beziehung zwischen der sich in den Bereichen Politik und Sicherheit entwickelnden Situation im Westjordanland und den Ergebnissen auf dem Gebiet der Beschäftigung und Wirtschaft untersucht. Dabei wird deutlich, dass eine Strategie für dauerhaften Frieden in den besetzten Gebieten nur auf gemeinsamen Fortschritten in der wirtschaftlichen Situation und im Sicherheitsumfeld sowie auf den politischen Verhandlungen basieren kann. Im Einklang mit der Präambel ihrer Verfassung hat die IAO stets erklärt: „Der Weltfriede kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden.“

2. Gaza: Zerstörte Existenzgrundlagen

Der Krieg in Gaza und seine Vorgeschichte

19. Der am 27. Dezember 2008 begonnene 22-Tage-Krieg war der Höhepunkt eines wesentlich längeren Isolationsprozesses. Seit dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 wurde Gaza zunehmend von Israel, dem Westjordanland und der restlichen Welt abgeschnitten. Israel, das die Grenzen, die Küste und den Luftraum Gazas kontrolliert, verhängte nach der gewaltsamen Machtübernahme Gazas am 15. Juni 2007 durch die Hamas und dem ständigen Raketenbeschuss des israelischen Gebiets von Gaza aus eine Blockade über das Gebiet.

20. Mit dieser Blockade wurde die Ein- und Ausreise am Erez-Übergang nach Israel und am Rafah-Übergang nach Ägypten unterbrochen, mit Ausnahme außergewöhnlicher Fälle, z. B. ärztliche Notevakuierungen, Diplomaten und internationale humanitäre Hilfskräfte sowie gelegentlich bestimmte palästinensische Geschäftsleute⁴.

21. Der Güterverkehr wurde stark eingeschränkt auf die Einfuhr von umgeladenen Lkw-Ladungen mit grundlegenden humanitären Versorgungsgütern an den Übergängen Karni, Sufa und Kerem Shalom sowie von flüssigen Brennstoffen in einer deutlich unter dem geschätzten Bedarf liegenden Menge durch Nahal Oz. Die Abbildung 2.1 zeigt die durchschnittliche Anzahl der monatlichen Lkw-Ladungen nach Gaza mit importierten Waren. In den ersten Monaten der von palästinensischen Gruppen erklärten sechsmonatigen Waffenruhe („Hudna“) vom 19. Juni zum 19. Dezember 2008 wurden nur sehr geringe Mengen kommerzieller Güter eingeführt⁵, nach dem Palästinensischen Handelszentrum (PALTRADE) (2009) entsprachen die eingeführten Mengen jedoch nur einem Bruchteil des geschätzten Bedarfs und außerdem waren die genehmigten Kategorien und Kombinationen der zugelassenen Güter für die meisten industriellen Tätigkeiten nicht geeignet.

22. Seit dem 2. Dezember 2008 ist die Einfuhr von gewerblichem Benzin und Diesel nach Gaza untersagt. Die Palästinensische Vereinigung von Tankstellenbesitzern (GSOA) schätzt jedoch, dass in der zweiten Hälfte des Monats März täglich durchschnittlich 100.000 Liter Diesel und 70.000 Liter Benzin durch die Tunnel bei Rafa unter der Grenze mit Ägypten eingeführt worden sind (OCHA, 2009a). Für die Bevölkerung Gazas sind die für den Schmuggel benutzten Tunnel in der Tat zu einer wichtigen Lebensader geworden, die Gaza mit Gütern des täglichen Bedarfs versorgen, die an offiziellen Passierstellen blockiert werden.

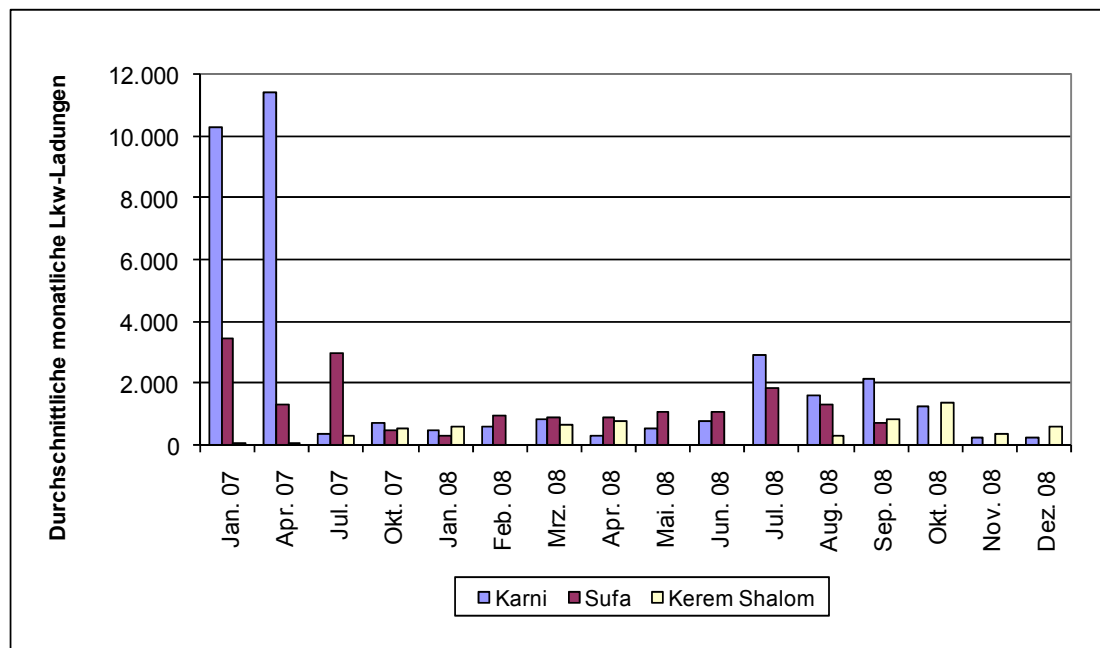
23. Die Ausfuhren von Waren durch Karni, die vor der Blockade einen Umfang von etwa 8.500 LKW-Ladungen erreichten (PALTRADE, 2009), wurden vollständig untersagt. Trotz des Verbots durften im März 2009 neun Lkw-Ladungen mit Schnittblumen den Übergang bei Kerem Shalom passieren.

24. Es ist festzuhalten, dass die Vereinbarung von 2005 über Bewegungsfreiheit und Zugang (AMA) für Ende 2006 einen täglichen Strom von 400 LKW-Passagen aus und nach Gaza vorsah, ein Niveau, das bereits viel niedriger lag als vor dem Ausbruch der zweiten Intifada. Dieses Niveau wurde in der Folge nie erreicht.

⁴ Einigen Geschäftsleuten wurde seit Januar 2008 gestattet, durch Erez nach Israel einzureisen, dieser Verkehr war jedoch gering und unregelmäßig. Die Einreise von Arbeitnehmern durch Erez ist seit April 2006 völlig zum Erliegen gekommen.

⁵ Zu den Handelsgütern, die in dieser Zeit nach Gaza eingeführt werden durften, gehören Aggregate, Zement, drei Lkw-Ladungen mit Baumaterial, Holz, Pkw-Reifen, Bekleidung, Schuhe und Saft (PALTRADE, 2009).

Abbildung 2.1. Nach Gaza eingeführte Waren



Quelle: PALTRADE, Dezember 2008.

25. Die intensive Bombardierung während der Militäroperation auf dem Land-, Luft- und Seeweg forderte unter den Palästinensern 1.440 Tote und 5.380 Verletzte. Fast die Hälfte (47 Prozent) der Todesopfer waren Frauen und Kinder. Gleichzeitig nahmen militante palästinensische Gruppen das südliche Israel, einschließlich bebauter Gebiete, unter ständigen Raketen- und Mörserbeschuss. Dies forderte unter israelischen Zivilisten drei Tote und 182 Verletzte (OCHA, 2009b).

26. Die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur Gazas wurde erheblich beschädigt. Nach Angaben der Palästinensischen Behörde wurden 4.036 Wohnungen völlig und weitere 11.514 teilweise zerstört, was Zehntausende Menschen zu Vertriebenen machte. Regierungsgebäude, die Wasser-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur, Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser wurden erheblich beschädigt. Nach der Israelischen Koordinationsstelle für Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT) wurden 15 Krankenhäuser und 41 Kliniken beschädigt sowie 18 Bildungseinrichtungen völlig zerstört (COGAT, 2009). Nach Angaben der Palästinensischen Behörde wurden auch 247 Schulen, Kindergärten und Universitäten teilweise beschädigt, und Schulen leiden jetzt zum Teil unter einem Mangel an allgemeinem Sicherheits- und Unterrichtsmaterial. Der Koordinierungsrat für den privaten Sektor (PSCC) in Gaza erklärt, dass 700 Betriebe des privaten Sektors teilweise oder vollständig zerstört wurden, was Verlusten in Höhe von annähernd 140 Millionen US-Dollar entspricht. 77 Prozent dieser Betriebe und 79 Prozent der Gesamtverluste entfallen auf die Industrie- und Handelssektoren. Zu diesen Betrieben gehören u.a. Gazas sieben wichtigste Textilhersteller, die vier wichtigsten Getränkefabriken und 61 Betriebe für Baumaterial (PSCC, 2009).

27. Der PSCC verweist außerdem auf die umfassende Zerstörung von Gazas Landwirtschaftssektor, da 40 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche durch die Bombardierung direkt und weitere 20 Prozent durch unzureichende Bewässerung indirekt während des Krieges beschädigt wurden. Ohne die Einfuhr des erforderlichen Materials (Düngemittel, Saatgut) kann der Boden nicht saniert oder bepflanzt werden. Erste Schätzungen veranschlagten die Verluste im Bereich der Landwirtschaft, einschließlich der Subsektoren Viehzucht, Geflügel und Fischerei, auf 170 Millionen US-Dollar (ebd.).

28. Für die Existenzgrundlagen der Bevölkerung Gazas – schon vorher in großen Schwierigkeiten und von Hilfe abhängig – war der Krieg ein weiterer harter Schlag. Der private Sektor, der schon vorher nur minimal ausgelastet war und aufgrund der Blockade nur in geringem Umfang Beschäftigung bereitstellte, wurde praktisch völlig zerstört, und 85 Prozent der Bevölkerung ist jetzt von externer Hilfe abhängig, da alle anderen Bewältigungsmechanismen ausgeschöpft worden sind. Die Vereinten Nationen haben die Krise in Gaza als eine „Krise der menschlichen Würde“ bezeichnet (OCHA, 2009b). Die Gesprächspartner der Mission in Gaza verwiesen auf ein weitverbreitetes Gefühl der Ungerechtigkeit und forderten einhellig eine sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes (der auch nach der Waffenruhe weiterbestand), um Geschäftsleuten, Arbeitnehmern und Landwirten zu ermöglichen, ihre tägliche Arbeit wiederaufzunehmen.

Die internationale Antwort: Soforthilfe und Aussichten auf einen raschen Wiederaufbau

29. Bemühungen zur Bereitstellung von Hilfe und Unterstützung für einen raschen Wiederaufbau und eine wirtschaftliche Erholung werden durch die andauernde Blockade kompliziert, die sogar auf die Einfuhr von Bargeld nach Gaza ausgeweitet worden ist. Außerdem haben israelische Banken kürzlich ihre Korrespondenz- und Abrechnungsbeziehungen mit Banken in Gaza abgebrochen und es besteht die Gefahr, dass sie auch ihre Beziehungen mit palästinensischen Banken im Westjordanland unterbrechen (IWF, 2009). Diese Kombination von Maßnahmen nimmt der Palästinensischen Behörde und der internationalen Gemeinschaft nicht nur die Handlungsfähigkeit, sondern führt auch zu einer Liquiditätskrise in Gaza und der Umlenkung knapper Ressourcen vom Bankensystem in unregulierte informelle Kanäle. Ein wachsender Schwarzmarkt für geschmuggeltes Geld (durch die Tunnel unter der Grenze mit Ägypten bei Rafa) kann den Aufsichtsrahmen der Palästinensischen Währungsbehörde und ihre strengen Regelungen gegen Geldwäsche und terroristische Aktivitäten unterminieren.

30. Dennoch werden konzertierte Bemühungen unternommen, um den Wiederaufbau vorzubereiten. Unmittelbar nach der einseitigen Waffenruhe richteten die Vereinten Nationen einen Cluster-Mechanismus für raschen Wiederaufbau ein, der eine Reihe von Cluster, Sektoren und Arbeitsgruppen umfasst, und sie lancierten einen Blitzaufruf für Soforthilfe in Höhe von 613 Millionen US-Dollar für Projekte zur Deckung der unmittelbaren humanitären Bedürfnisse für neun Monate. Ministerien der Palästinensischen Behörde und Organisationen der VN führten in Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen Partnern eine rasche Bedarfsabschätzung für einen zügigen Wiederaufbau Gazas durch, um so für Projekte für eine rasche Erholung und mittel- bis langfristige Interventionen für Wiederaufbau eine Grundlage zu legen. Dies führte zu dem Palästinensischen nationalen Plan für raschen Wiederaufbau und wirtschaftliche Erholung für Gaza, 2009-2010 (ERRPG), den Premierminister Salam Fayyad der internationalen Gemeinschaft am 2. März 2009 auf der Internationalen Konferenz zur Unterstützung der palästinensischen Wirtschaft für den Wiederaufbau Gazas in Sharm El-Sheikh in Ägypten vorgestellt hat. Der Plan soll die „bestehenden Bemühungen (der Palästinensischen Behörde) zur Bekämpfung von Armut durch mehr Beschäftigung und eine Wiederbelebung der Wirtschaft“ (Palästinensische nationale Behörde, 2009) ergänzen, die im Rahmen des Palästinensischen Reform- und Entwicklungsplans (PRDP) unternommen werden.

31. Der Plan für raschen Wiederaufbau betrifft u.a. Interventionen im sozialen Sektor für Gesundheit und Bildung, insbesondere für verletzte Gruppen, eine Reparatur der grundlegenden Infrastruktur, die Beseitigung von Schäden an natürlichen Ressourcen

und der Umwelt sowie wirtschaftliche Hilfen für Landwirtschaft und Industrie, auch durch den privaten Sektor. Gemäß dem Plan müssen kurzfristige Bemühungen um die Schaffung von Arbeitsplätzen mittel- bis langfristig unterstützt werden durch „Maßnahmen für Investitionen in Menschen durch Bildung und Ausbildung zur Entwicklung einer hochqualifizierten Arbeitnehmerschaft, Investitionen in die Infrastruktur, um den Handel zu erleichtern, und die Schaffung eines wirtschaftlichen Klimas, das Investitionen fördert und die Wettbewerbsfähigkeit des privaten Sektors stärkt“ (ebd.).

32. Der Plan ersuchte zusätzlich zu einer direkten Haushaltshilfe von 1,45 Milliarden US-Dollar um Unterstützung in Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar für einen raschen Wiederaufbau und wirtschaftliche Erholung. Für die Wiederaufbaubemühungen in Gaza wurden auf der Konferenz insgesamt Hilfsverpflichtungen in Höhe von 4,48 Milliarden US-Dollar eingegangen. Die Auszahlung des größten Teils dieser Hilfe ist jedoch an Fortschritte beim israelisch-palästinensischen Friedensprozess gebunden, der wiederum von den Ergebnissen der innerpalästinensischen Aussöhnungsgespräche und der bis jetzt noch nicht feststehenden Agenda der neuen israelischen Regierung abhängig ist. Hinzu kommt, dass ohne signifikante Fortschritte bei der Frage des Zugangs und der Aufhebung der Blockade kein echter Wiederaufbau möglich ist.

Bewältigungsstrategien von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden

33. Wie 2008 berichtet, litt der Allgemeine Gewerkschaftsbund von Palästina (PGFTU) unter ernststen Behinderungen seiner Aktivitäten in Gaza, z. B. durch die Beschlagnahme seiner Büros und seines Eigentums durch die Hamas (IAA, 2008a). Vor kurzem konnte der PGFTU ein kleines Büro wiedereröffnen und bestimmte Tätigkeiten wiederaufnehmen, hauptsächlich die Arbeiterbildung. Ihm ist jedoch nach wie vor untersagt, Mitgliedsbeiträge zu erheben, und insgesamt ist seine Kapazität weiterhin schwach. Eine internationale Unterstützung des PGFTU wäre von entscheidender Bedeutung, wenn sichergestellt werden soll, dass die demokratische Gewerkschaftsbewegung bei der Verteidigung der Rechte und Interessen der Arbeitnehmer unter den herrschenden schwierigen Bedingungen und – hoffentlich im Kontext des Wiederaufbaus – ihre Rolle wahrnehmen kann.

34. Vertreter der Arbeitgeberverbände haben sich nach dem Krieg in Gaza aktiv an der Schadensabschätzung und der Ausarbeitung von Plänen und Projekten für raschen Wiederaufbau und wirtschaftliche Erholung beteiligt. Die Arbeitgeber in Gaza sind sehr daran interessiert und bereit, ihre Rolle bei der Wiederankurbelung der Wirtschaft zu übernehmen, angesichts des andauernden Embargos, des mangelnden Zugangs zu Krediten und der zunehmenden Verluste von Qualifikationen der Arbeitskräfte in Gaza sind sie jedoch zunehmend frustriert.

3. Hindernisse für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Westjordanland und in Gaza

Zugang und Bewegungsfreiheit

35. Der Personen- und Güterverkehr in und zwischen dem Westjordanland und Gaza wird durch ein weitreichendes System vielschichtiger Beschränkungen stark behindert. Im Westjordanland umfassen diese Beschränkungen Hindernisse (oder „Abriegelungen“) in Form von Kontrollpunkten, Straßensperren, Metallgittern, Erdwällen und Mauern, Schranken und Gräben sowie die Sperrmauer, die zum größten Teil östlich der Grünen Linie innerhalb des Westjordanlandes errichtet wird. Wie in den vorstehenden Absätzen beschrieben, ist Gaza effektiv vom Rest der Welt abgeschnitten. Die physischen Barrieren werden darüber hinaus durch komplizierte administrative Verfahren, einschließlich eines äußerst restriktiven Genehmigungssystems, weiter verstärkt.

36. Die israelische Regierung bezeichnet ihr System der Abriegelungen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit als notwendig, um israelische Bürger vor Angriffen militanter Palästinenser zu schützen. Auf Seiten von Palästinensern und Menschenrechtsorganisationen vertreten jedoch viele die Auffassung, das System sei nicht nur eine unverhältnismäßige Reaktion auf die tatsächliche Bedrohung, sondern auch eine Form kollektiver Bestrafung. Die Ausweitung der Sicherheitskontrolle in Teilen der Zone A des Westjordanlandes durch die Palästinensische Behörde im vergangenen Jahr⁶ hat zu einer deutlichen Verbesserung der Sicherheitssituation und zu einem Rückgang der Gewalt auf den niedrigsten Stand seit Jahren geführt (Weltbank, 2009). Abriegelungen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Palästinensern sind jedoch weiterhin uneingeschränkt in Kraft, während die illegale israelische Siedlungstätigkeit im Westjordanland geschützt wird.

37. Übersicht 3.1 zeigt Abriegelungsmaßnahmen im Westjordanland nach Distrikt zu unterschiedlichen Zeitpunkten ab Dezember 2007 sowie die Zahl der Erwerbstätigen, die somit in jedem Distrikt von diesen Maßnahmen betroffen sind. Die Gesamtzahl der Abriegelungen stieg von 558 im Dezember 2007 auf 630 im September 2008, wobei vorübergehend eingerichtete „fliegende“ Kontrollstellen nicht eingerechnet sind. Hinzu kommt, dass dies ein Anstieg von 59 Prozent im Vergleich zu den 396 Abriegelungen darstellt, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Vereinbarung über Bewegungsfreiheit und Zugang im November 2005 vorhanden waren (OCHA, 2009d).

Übersicht 3.1. Interne Abriegelungsmaßnahmen (physische Hindernisse) und geschätzte Zahl der betroffenen Erwerbstätigen, nach Distrikt im Westjordanland

Zahl der Abriegelungsmaßnahmen in:	Bethlehem	Hebron	Jenin	Jericho	Jerusalem	Nablus	Qalqilya	Ramallah	Salfit	Tubas	Tulkarem	Insgesamt
Dezember 2007	30	191	17	11	40	102	20	82	33	10	22	558
April 2008	33	227	16	11	36	104	23	81	36	11	29	607
September 2008	32	202	21	14	41	128	20	97	36	13	26	630
Erwerbstätige (4. Q. 2008)	48.700	133.200	64.300	12.500	115.300	79.200	21.800	63.000	15.900	10.900	39.200	604.000

Quellen: OCHA, 2007-08; Erwerbstätigenzahlen vom PCBS, 2009a.

⁶ Wie im Abkommen von Oslo festgelegt.

38. Im Distrikt Hebron im Süden des Westjordanlandes befanden sich mehr als 200 physische Hindernisse, die die Bewegungsfreiheit erschweren, im Vergleich zu anderen Distrikten die mit Abstand größte Zahl. Der Mission wurde von der Handelskammer von Hebron mitgeteilt, dass die Möglichkeiten von Herstellern, Rohstoffe zu erhalten und ihre Güter zu transportieren, stark eingeschränkt sind. Zudem gab es in der Altstadt von Hebron (Zone H2)⁷ weitere 76 Kontrollstellen und Hindernisse, die in den genannten Zahlen nicht enthalten sind, was letztendlich einer Schließung eines früher blühenden Marktes gleichkommt.

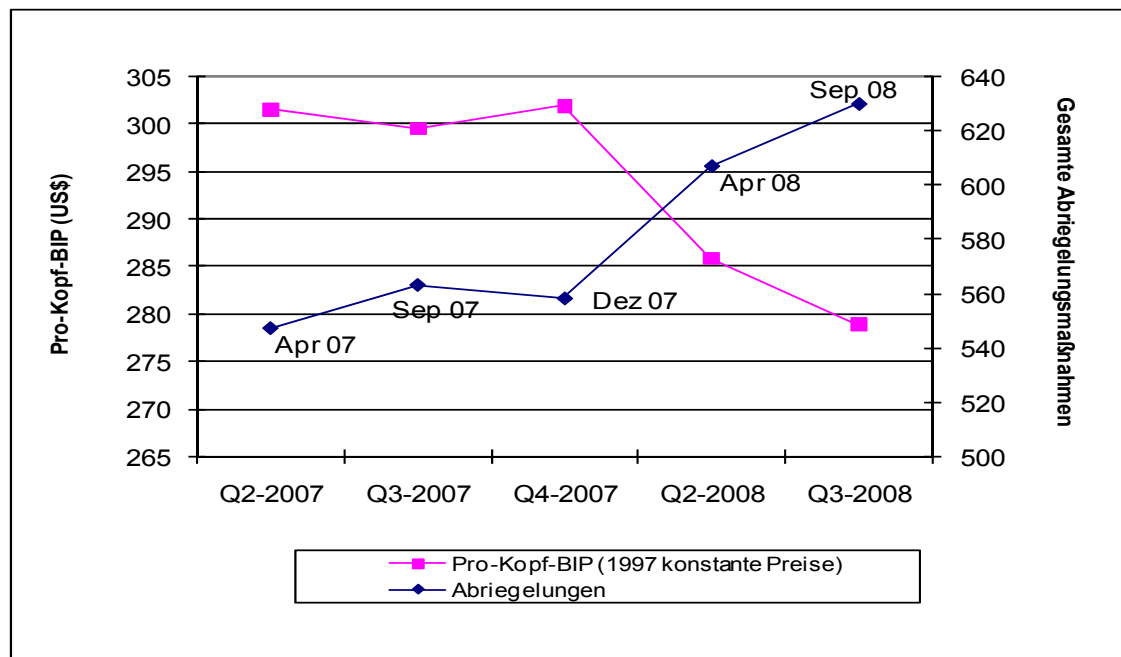
39. In Nablus, einem Distrikt, der seit Beginn der Zweiten Intifada ebenfalls unter umfassenden Abriegelungen gelitten hat, führte eine deutliche Verbesserung der Sicherheitslage Ende 2008 und Anfang 2009 zu einer leichten Lockerung der Beschränkungen der Bewegungsfreiheit. Die wichtige Kontrollstelle Beit Iba wurde um einige Kilometer in den Nordwesten verlegt, so dass ein freier Verkehr zwischen Nablus und Jenin möglich war. Allerdings schafft dieser neue Standort ein neues Hindernis für die Einwohner von Jenin auf dem Weg nach Tulkarem und in südliche Gebiete, und er hat außerdem potentielle Auswirkungen auf die Einwohner von Nablus auf dem Weg nach Westen wegen möglicher Überlastung, da die neue Kontrollstelle eine größere Bevölkerung überwacht (OCHA, 2009a).

40. In den letzten Monaten ist festgestellt worden, dass weitere Barrieren beseitigt und umkonfiguriert wurden und die Öffnungszeit verschiedener Kontrollstellen verbessert wurde (OCHA, 2009a; Weltbank, 2009). Außerdem hat israelische Regierung für den „Umbau“ von Kontrollstellen und anderen Barrieren Mittel bereitgestellt. Nach COGAT-Angaben (2009) stellte das israelische Verteidigungsministerium 2008 8,5 Millionen neue israelische Schekel für den Umbau mehrerer Kontrollstellen, Übergänge und Passierstellen zur Verfügung, „um den Verkehrsfluss und die Lebensqualität von Palästinensern, die verschiedene Regionen durchqueren müssen“, zu verbessern. Verbesserungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs sind zwar zu begrüßen, hohe Investitionen in die Abriegelungs-Infrastruktur dürften aber eher dazu dienen, diese langfristig zu verfestigen, und sie können nicht als eine echte Alternative zur Beseitigung der Barrieren angesehen werden.

41. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit trennen palästinensische Gemeinschaften und behindern den Zugang zu Grund und Boden, Unternehmen und Arbeitsplätzen sowie zu grundlegenden Sozialdiensten und sie erhöhen die Abhängigkeit der Palästinenser von Hilfe vor dem Hintergrund sich verschlechternder sozioökonomischer Bedingungen. Abbildung 3.1 zeigt ein klar umgekehrtes Verhältnis zwischen Abriegelungen und dem palästinensischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, so dass eine Zunahme der Abriegelungsmaßnahmen im Westjordanland mit einer Abnahme der Pro-Kopf-Produktion einhergeht. Internationale Organisationen, darunter die Vereinten Nationen, haben seit langem die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs als eine der stärksten Behinderungen für das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung im Westjordanland und in Gaza bezeichnet, und sie haben Israel wiederholt aufgefordert, diese aufzuheben.

⁷ Mit dem speziellen Hebron-Protokoll, unterzeichnet am 17. Januar 1997 von Israel und der Palästinensischen Behörde, wurde eine gesonderte Zone (H2) geschaffen, die etwa 20 Prozent der Stadt Hebron umfasst. Es war vorgesehen, dass die Palästinensische Behörde Verwaltungsdienste für diese Zone bereitstellt, Israel jedoch uneingeschränkt die Sicherheitskontrolle übernehmen würde. In diesem Gebiet wohnen etwa 400 israelische Siedler inmitten von 35.000 Palästinensern (und etwa 170.000 Palästinensern in der Stadt Hebron insgesamt). Diese Siedler werden von 1.500 Soldaten der israelischen Streitkräfte geschützt.

Abbildung 3.1. Palästinensisches Pro-Kopf-BIP und Abriegelungen im Westjordanland



Quellen: OCHA, 2007-08; BIP-Angaben vom PCBS, 2009b.

Die Sperrmauer

42. Der gegenwärtig vorgesehene Verlauf der Sperrmauer um das Westjordanland erstreckt sich über 725 Kilometer; 57 Prozent davon waren bis September 2008 fertiggestellt (OCHA, 2009d). Im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 zur Sperrmauer wurde die sofortige Einstellung und Rückgängigmachung der Baumaßnahmen sowie eine Wiedergutmachung sämtlicher dadurch verursachter Schäden gefordert (IGH, 2004). Dies wurde anschließend in einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen unterstützt (Vereinte Nationen, 2004).

43. Nach OCHA-Angaben verläuft die Sperrmauer zu 86 Prozent innerhalb des Westjordanlands (OCHA, 2008a). Nach ihrer Fertigstellung werden etwa 9,8 Prozent des Westjordanlands, einschließlich eines großen Teils seines fruchtbaren Ackerlands und seiner Wasserressourcen, sowie Ostjerusalem in die „Randzone“ zwischen der Sperrmauer und der Grünen Linie fallen und so vom übrigen Westjordanland getrennt sein. Über 80 Prozent der israelischen Siedler werden in diesem Gebiet angesiedelt sein und so über einen Anschluss an Israel verfügen. Schätzungsweise 125.000 Palästinenser werden von drei Seiten von der Mauer umschlossen sein, und weitere 35.000 werden in Sperrzonen leben.

44. Alle in der Randzone lebenden Palästinenser über 16 Jahre benötigen eine „langfristige“ oder „unbefristete“ Aufenthaltsgenehmigung, um weiter im eigenen Haus wohnen zu können, während die östlich der Sperrmauer lebenden Landwirte „Besuchergenehmigungen“ benötigen, um durch bestimmte Tore zu ihrem in der Randzone gelegenen Land zu gelangen. Diese Genehmigungen sind nur schwer erhältlich und entsprechen nicht dem Arbeitskräftebedarf. OCHA (ebd.) berichtet, dass im Norden des Westjordanlands 80 Prozent der Landwirte, die früher Land in der Randzone bewirtschafteten, nicht mehr eine Genehmigung zum Passieren der Sperrmauer erhalten. Der Zugang zu den Toren der Sperrmauer ist auf bestimmte Tage, Jahreszeiten oder Saison-

wochen begrenzt. Die Tore sind in der Regel nur ein paar Stunden geöffnet und können ohne vorherige Warnung von den israelischen Streitkräften geschlossen werden. Die Durchfahrt für Fahrzeuge ist nicht gestattet, und für die Mitnahme von Landmaschinen und landwirtschaftlichem Material (z. B. Arbeitsgeräte oder Dünger) gelten strenge Beschränkungen.

45. Wie von der IAA-Mission im Jahr 2008 berichtet (IAA, 2008a), wurden in die Sperrmauer zwölf Passierstellen für den Güter- und Personenverkehr eingebaut, von denen nur fünf auf der Grünen Linie liegen. Elf davon erlauben die Passage palästinensischer Arbeitnehmer mit entsprechender Genehmigung und fünf sind Umladeplattformen für Lastwagen, die Güter in oder aus dem Westjordanland transportieren. Nach COGAT-Angaben (2009) hat der Güter- und Personenverkehr an nahezu allen Passierstellen im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum selben Zeitraum in 2008 zugenommen. Allerdings stellen Beobachter wie PALTRADE und Vertreter des palästinensischen Privatsektors nach wie vor die Wirksamkeit der Handelsübergänge in Frage und verweisen auf hohe Transaktionskosten, z. B. die Erschwernisse und Kosten durch die Vorschrift, Waren unter Beachtung strenger Beschränkungen auf Paletten zu packen, zusätzlich zu langen Warte-, Inspektions- und Transferzeiten, die mit dem Umladesystem einhergehen. Die Transportkosten sind auch erheblich gestiegen⁸. Außerdem besteht ein höheres Risiko, dass Waren beschädigt werden, insbesondere landwirtschaftliche Erzeugnisse, die schnell befördert werden müssen, um nicht an Wert zu verlieren.

Quoten und Genehmigungen

46. Das undurchsichtige und restriktive System von Genehmigungen, mit denen die Bewegungen der meisten Palästinenser außerhalb ihrer kommunalen Grenzen überwacht werden, bleibt weiterhin in Kraft. Es gibt zahlreiche Kategorien von Genehmigungen, und Einschränkungen und Vorschriften ändern sich häufig und ohne Vorankündigung. Ein System von Arbeitsgenehmigungen und Quoten kontrolliert den Zugang von Palästinensern zu israelischen Arbeitsmärkten, die durch die Sperrmauer um das Westjordanland erreicht werden, sowie zu israelischen Siedlungen auf beiden Seiten. Eine Sicherheitsüberprüfung ist obligatorisch, und der Besitz eines Magnetstreifenausweises ist offenbar eine neue Voraussetzung für die Erteilung einer Genehmigung zum Passieren der Sperrmauer. Wie schon 2008 hörte die Mission beunruhigende Berichte über Versuche der israelischen Behörden, im Austausch für die Erteilung oder Erneuerung einer Arbeitsgenehmigung Kollaborateure zu gewinnen. Arbeitsgenehmigungen für Arbeitnehmer aus Gaza zur Einreise nach Israel wurden seit April 2006 nicht mehr ausgestellt.

47. Wie Übersicht 3.2 zeigt, bleibt die Gesamtzahl der erteilten Genehmigungen in der Regel hinter der Quote zurück. Hinzu kommt, dass die Erteilung einer Genehmigung, die jeweils nur für drei Monate gültig ist, keine Garantie für das Erreichen der Arbeitsstelle ist, weil von den israelischen Streitkräften verhängte Ausgangssperren und/oder Ad-hoc-Abriegelungen von Übergängen den Zugang verhindern können.

⁸ Während israelische Zwischenhändler ihre Lastwagen jetzt für kürzere Strecken einsetzen (d. h. nur bis zu den Abfertigungsstellen), stellten sie den palästinensischen Unternehmen weiterhin die gleichen Kosten in Rechnung. Die palästinensischen Lastwagen müssen längere Strecken zurücklegen und dabei eine Vielzahl interner Kontrollstellen und Hindernisse im Westjordanland passieren; daher sind ihre Kosten erheblich gestiegen.

Übersicht 3.2. Quoten und Genehmigungen für die Arbeit von Palästinensern in Israel und den Siedlungen

	Quote	Erteilte Genehmigungen			
		Israel	Jerusalem	Siedlungen	insgesamt
April-05	38.035	17.905	1.787	16.135	35.827
März-06	37.771	20.096	2.414	13.371	35.881
März-07	45.510	18.873	2.770	18.410	40.053
März-08	47.062	20.280	3.036	21.162	44.478
April-09	49.113	22.610	3.104	22.063	47.777

Quelle: COGAT-Präsentationen (verschiedene).

48. Die Quote und Anzahl der palästinensischen Arbeitnehmern ausgestellten Genehmigungen für den Zugang zu israelischen Arbeitsmärkten sind 2008-09 weiter angestiegen, so dass im April 2009 etwa 12.000 mehr Genehmigungen erteilt wurden als im April 2005. Eine ähnliche Anzahl von Genehmigungen wurde für Arbeit in Israel und in den Siedlungen ausgestellt. Trotz der Tatsache, dass alle Siedlungen im besetzten Gebiet nach dem Völkerrecht illegal sind und ein bedeutendes Hindernis für den Frieden darstellen, haben viele Palästinenser keine anderen Verdienstmöglichkeiten. Das PCBS schätzt, dass die tatsächliche Zahl der in Israel und in den Siedlungen arbeitenden Palästinenser 2008 auf nahezu 75.000 angestiegen ist (PCBS, 2009c), was impliziert, dass etwa 27.000 Palästinenser ohne Genehmigung arbeiteten. Nach Fertigstellung der Sperrmauer im Westjordanland dürfte diese Zahl erheblich zurückgehen, da wesentlich weniger Menschen in der Lage wären, diese ohne Genehmigung zu passieren. Zum Schutz des Lebensunterhalts dieser Arbeitnehmer und ihrer Familien müssten entweder erheblich mehr Genehmigungen erteilt oder ein nennenswertes Wachstum der Aufnahmekapazität der palästinensischen Wirtschaft zugelassen werden.

Fortgesetzte Siedlungsausweitung trotz internationaler Verpflichtungen

49. Die IAA-Mission stellte fest, dass die Ausweitung israelischer Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalems, fortgesetzt wurde. Die Gegenwart von immer mehr israelischen Siedlern wirkt sich unmittelbar negativ auf die Existenzgrundlagen von Palästinensern aus, die vom Zugang zu Grund und Boden und anderen Ressourcen (insbesondere Wasser) und vom Bau von Häusern und einer wirtschaftlichen Infrastruktur (insbesondere Unternehmen) abgehalten werden, und sie führt zu strengen Beschränkungen des Personen- und Güterverkehrs. Somit sind die von der Internationalen Arbeitskonferenz 1980 bezüglich der Auswirkungen der israelischen Siedlungspolitik auf die sozialen und wirtschaftlichen Rechte und Interessen der Palästinenser geäußerten Sorgen immer noch berechtigt.

50. Das humanitäre Völkerrecht, das Haager Abkommen und das Vierte Genfer Abkommen untersagen die Umsiedlung von Bevölkerungen in ein besetztes Gebiet. Die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft haben die israelische Regierung wiederholt aufgefordert, den Siedlungsbau in dem seit 1967 besetzten Gebiet einzustellen. Im Jahr 2001 wurde die israelische Regierung im Mitchell-Report (Sharm el-Sheikh Fact-Finding Committee, 2001) aufgefordert, „alle Siedlungstätigkeiten einzustellen, einschließlich des (natürlichen Wachstums) bestehender Siedlungen“. Im Jahr 2003 wurde diese Forderung im ergebnisorientierten Fahrplan wiederaufgegriffen

(Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 2003). In der Verständigung, die in Annapolis (Konferenz von Annapolis, 2007) erreicht wurde, haben sich die Parteien erneut zur unverzüglichen Erfüllung ihrer jeweiligen Verpflichtungen gemäß dem Fahrplan verpflichtet.

51. Am 20. Februar 2009 stellte der Rat der Europäischen Union in einer Erklärung zu den israelischen Siedlungstätigkeiten Folgendes fest: „Die Siedlungsaktivitäten sind ein Haupthindernis für den Frieden im Nahen Osten und die Anstrengungen, die die internationale Gemeinschaft unternimmt, um den Nahost-Friedensprozess voranzubringen. Wie Europäische Union immer wieder deutlich gemacht hat, kann es ohne die Errichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates keinen dauerhaften Frieden im Mittleren Osten geben. Die fortgesetzten Siedlungsaktivitäten mindern diese Aussichten erheblich“ (Rat der Europäischen Union, 2009).

52. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die IAA-Mission fand 2009 erneut Hinweise auf ein starkes Wachstum der Siedlungen – hinsichtlich Bevölkerungszahl, Gebäuden und Gebiet. Die fortgesetzte Siedlungsausweitung gefährdet unmittelbar die Rechte und Existenzgrundlagen der unter der Besatzung lebenden palästinensischen Bevölkerung. Ausschließlich Siedlern vorbehaltene Straßen, Beschränkungen des Zugangs zu Ackerland, Beschlagnahme von Grund und Boden und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit – auf diese Mittel greift die Besatzungsmacht zurück, um die Fortsetzung der Siedlungstätigkeit zu ermöglichen.

53. Die Zahl der israelischen Siedler in „jüdischen Ortschaften“ im Westjordanland (mit Ausnahme von Ostjerusalem) stieg nach Angaben des Israelischen Statistischem Zentralamts (CBS) im September 2007 auf 276.100, eine Zunahme um 14.500 bzw. 5,5 Prozent gegenüber 2006. Dieser Anstieg ist dreimal so hoch wie das Wachstum der gesamten israelischen Bevölkerung mit 1,8 Prozent (CBS, 2008). Selbst wenn man die höhere Geburtsrate der in Siedlungen im Westjordanland lebenden israelischen Bevölkerung berücksichtigt, lässt der Unterschied zwischen den Wachstumsraten erkennen, dass ein erheblicher Bevölkerungstransfer von Israel in das besetzte Gebiet stattfindet, was nach dem humanitären Völkerrecht untersagt ist.

54. Solche Umsiedlungen werden durch eine fortgesetzte Bautätigkeit in Siedlungen, die Ausweitung bestehender Siedlungen und den Bau neuer Siedlungen sowie verschiedene Subventionen und Anreize gefördert. Nach Angaben des Israelischen statistischen Zentralamts wurden 2008 „in jüdischen Ortschaften“ im Westjordanland 2.020, im Jahr 2007 806 und in 2006 1.165 Gebäude errichtet (CBS, 2009). Mit anderen Worten: Im Jahr 2008 wurden 2,5-mal so viele Häuser gebaut wie 2007.

55. Das Israelische Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten (B'Tselem) hat dokumentiert, dass es „besondere Sicherheitsbereiche“ gibt, die das Gebiet um zwölf Siedlungen um das 2,4-fache erweitern. Dies hatte zur Folge, dass mehr privates palästinensisches Land beschlagnahmt wurde und dass Palästinenser davon abgehalten wurden, zu ihrem Eigentum zu gelangen. Im Bericht wird Folgendes festgestellt: „Eine der vielen Praktiken, Land zu stehlen, besteht darin, Siedlungen mit einem Ring von Land zu umgeben, so dass unabhängig davon, ob dieses Land zu einem besonderen Sicherheitsbereich erklärt wurde oder nicht, Palästinenser diesen Bereich überhaupt nicht mehr oder nur eingeschränkt betreten dürfen“ (B'Tselem, 2008).

56. Israelische Siedler im Westjordanland konkurrieren unmittelbar mit der palästinensischen Bevölkerung um Ressourcen. Eine solche Rivalität kann gewalttätige Formen annehmen. Viele Beobachter haben festgestellt, dass die Zahl der Gewalttaten von Siedlern gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in den letzten Monaten angestiegen ist (Kasten 3.1).

Kasten 3.1
Gewalttätigkeiten von Siedlern und deren Auswirkungen
auf die palästinensischen Existenzgrundlagen

Im Dezember 2008 berichtete OCHA über eine beunruhigende Tendenz einer wachsenden Zahl solcher Vorfälle (290 Fälle in den ersten zehn Monaten 2008 gegenüber 182 in 2006 und 243 in 2007). OCHA sieht „die jahrzehntelange israelische Politik, die Ansiedlung israelischer Bürger im besetzten palästinensischen Gebiet zu erleichtern und zu fördern“ als eigentliche Ursache dieses Phänomens.

Von Siedlern ausgehende Gewalttätigkeiten halten Palästinenser davon ab, zu ihrem Land zu gelangen und dieses zu bearbeiten, insbesondere in der Nähe illegaler israelischer Siedlungen im Westjordanland. Gewalttätigkeiten der Siedler in Form der Beschädigung von Eigentum und der Böden nehmen insbesondere in Zeiten intensiver landwirtschaftlicher Tätigkeit wie der Olivenernte zu. Die palästinensischen Existenzgrundlagen werden durch Angriffe auf palästinensische Landwirte und Hirten, den Diebstahl oder die Tötung von Nutzvieh und die Zerstörung von Feldfrüchten, Bäumen oder anderem landwirtschaftlichen Besitz schwer beschädigt. Besonders beunruhigend ist die Tatsache, dass die israelischen Behörden Gewalttätigkeiten von Siedlern gegenüber Palästinensern und deren Eigentum kein Ende setzen. Obwohl die Vereinten Nationen Israel wiederholt aufgefordert haben, wirksame Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten der Siedler zu ergreifen, hat sich Israel bisher nicht in effektiver Weise mit diesem Problem befasst.

Die Gewalt betrifft Frauen, Männer und Kinder auf palästinensischer wie israelischer Seite. Nach Angaben von OCHA wurden in den Jahren 2006 bis 2008 mehr israelische Siedler von Palästinensern getötet als umgekehrt, während die Zahl der von Israelis verletzten Palästinenser mehr als doppelt so hoch war wie die der von Palästinensern verletzten Israelis.

Quellen: OCHA, 2008b; und B'Tselem, 2008.

57. Die Verschlechterung der Existenzgrundlagen von Palästinensern, ersichtlich in sinkenden Einkommen und nachlassender Wirtschaftstätigkeit, ist weitgehend das Ergebnis der fortgesetzten Abriegelungen und der damit im Zusammenhang stehenden Einschränkungen und Verbote, welche die wirtschaftliche Freiheit von Palästinensern betreffen.

58. Man sollte sich vor Augen halten, dass die israelische und die palästinensische Wirtschaft unterschiedlich sind, da die Durchschnittseinkommen in Israel 20-mal so hoch sind wie in Palästina.

Arbeit palästinensischer Frauen, Männer und Kinder in israelischen Siedlungen

59. Tausende palästinensischer Frauen, Männer und Kinder arbeiten in den von Israel im Westjordanland errichteten Siedlungen, vorwiegend in der Industrie und in der Landwirtschaft. Die Mission erörterte dieses Thema mit dem PGFTU, der schätzt, dass etwa 26.000 palästinensische Arbeitskräfte in sieben größeren Siedlungen und Industriezonen beschäftigt sind⁹.

60. Die Mission erhielt glaubwürdige und beweiskräftige Informationen, denen zufolge viele der in israelischen Siedlungen und Industriezonen arbeitenden palästinensischen Arbeitskräfte in gefährlichen Arbeitsumgebungen ohne korrekte Arbeitsschutzmaßnahmen tätig sind. Die nichtstaatliche Organisation Kav LaOved – Worker's Hotline hat

⁹ Burkan (Salfit), Burkan B., Tulkarem, Ma'ale Efraim, Khan al-Ahmar, Etzion und Ma'ale Adumim.

unter den in Siedlungen beschäftigten palästinensischen Arbeitnehmern Probeerhebungen durchgeführt, die auf gravierende Arbeitsschutzlücken schließen lassen.

61. Die Kinderarbeit in israelischen Siedlungen ist nach wie vor Anlass zu großer Sorge, insbesondere in der Landwirtschaft. Die Mission beobachtete zahlreiche arbeitende Kinder auf Feldern des Jordantals. Die Anwältin und Journalistin Simone Korkus, die vor kurzem Kinderarbeit im selben Gebiet dokumentierte, schätzt, dass es in israelischen Siedlungen 1.900 Kinderarbeiter gibt (Korkus, 2008). Viele dieser Kinder führen gefährliche Arbeiten durch, z. B. in Dattelpflanzungen.

62. Die Arbeit in Siedlungen kann für palästinensische Männer und Frauen die einzige Möglichkeit zur Sicherung des Lebensunterhalts für sich und ihre Angehörigen sein. Durch die Abhängigkeit von Arbeitgebern und Unterauftragnehmern sind diese Arbeitnehmer allerdings der Gefahr einer Ausbeutung und einer Verletzung ihrer Arbeitsrechte ausgesetzt. Die Einforderung von Arbeitsrechten in israelischen Gerichten ist mit hohen Kosten verbunden und kompliziert, und angeblich werden Arbeitnehmer, die sich beschweren, oft entlassen.

63. Auf jeden Fall wird das Problem nicht dadurch gelöst, dass einzelne Arbeitnehmer sich an ein Gericht wenden. Nach dem humanitären Völkerrecht und internationalen Menschenrechtsnormen sind die israelischen Behörden dafür verantwortlich, das Wohl und die Sicherheit der in israelischen Siedlungen und Industriezonen arbeitenden palästinensischen Männer und Frauen zu gewährleisten und die grundlegenden Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, zu schützen. Die Beseitigung der Kinderarbeit ist eines der grundlegenden Prinzipien und Rechte, die alle IAO-Mitgliedstaaten achten und verwirklichen müssen.

64. Bedauerlicherweise war die Mission nicht in der Lage, vom israelischen Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit konkrete Informationen über etwaige Inspektionen in Betrieben in israelischen Siedlungen oder Industriezonen im Westjordanland oder über die Ergebnisse solcher Inspektionen zu erhalten. Die Mission hofft, dass solche Informationen künftig zur Verfügung gestellt werden.

Auflösung der palästinensischen Sozialstruktur in Ostjerusalem

65. Nach der Besetzung des Westjordanlandes 1967 annektierte Israel einseitig 70,5 km² des besetzten Gebietes. Dieses Gebiet, als Ostjerusalem bezeichnet, wurde anschließend in die Stadt Jerusalem integriert. Diese Annexion wurde von den Vereinten Nationen nie anerkannt, die Israel aufgefordert haben, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, nicht den Charakter, den Status oder die demokratische Zusammensetzung von Ostjerusalem zu verändern und alle Siedlungstätigkeiten einzustellen (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 1968, und Vereinte Nationen, 2008).

66. Bei der Erörterung der Lage in Ostjerusalem brachten viele Gesprächspartner der Mission zum Ausdruck, die Fortsetzung und Intensivierung israelischer Maßnahmen zur Schaffung von „Fakten vor Ort“ habe zu einer Verschärfung der Spannungen und zu einem Anwachsen des Gewaltpotenzials geführt. Palästinensische Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie deren Familien sind weiter nachteilig von Maßnahmen und Politiken betroffen, die von den israelischen Behörden in und um Ostjerusalem mit dem klar erklärten Ziel getroffen werden, völkerrechtswidrig den Anteil der palästinensischen Bevölkerung in der Stadt zu verringern und für die sich ausbreitenden Siedlungen in Ostjerusalem Infrastrukturen und Sicherheit zu schaffen. 2005 umfasste die Bevölkerung in

Ostjerusalem 241.000 Araber und 187.000 Juden (Jerusalem Institute for Israel Studies, 2008).

Verlust von für die palästinensische Entwicklung zur Verfügung stehenden Flächen

67. Die Beschlagnahme von Land und Stadtplanungsmaßnahmen der israelischen Behörden in Ostjerusalem haben wenig Spielraum für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Palästinas gelassen. Etwa 35 Prozent der Landfläche Ostjerusalems wurde für israelische Siedlungen beschlagnahmt, wo jetzt schätzungsweise 195.000 israelische Siedler leben (OCHA, 2009). Weitere Flächen werden weiterhin für öffentliche Parks und Transportsysteme beschlagnahmt. Im November 2008 erhoben das Legal Center for Arab Minority Rights in Israel (Adalah) und die Civic Coalition for Defending the Palestinians' Rights in Jerusalem förmliche Einwände gegen den regionalen Entwicklungsplan für Jerusalem. Die Organisationen vertreten die Ansicht, der Entwicklungsplan werde palästinensische Wohngebiete noch stärker voneinander trennen und zur Anbindung israelischer Siedlungen große Landflächen für Straßen und Eisenbahnen neu bestimmen, gleichzeitig aber die Entwicklungsmöglichkeiten für Palästinenser weiter einschränken (Adalah, 2008).

68. Gemäß den Flächennutzungsplänen der israelischen Behörden stehen nur 13 Prozent Ostjerusalems Palästinensern für eine Bebauung zur Verfügung (OCHA, 2009). Ein Großteil dieser Flächen ist jedoch bereits bebaut oder es fehlt an öffentlichen Infrastruktureinrichtungen (wie Wasserversorgung, Kanalisation und Straßen), ohne die keine Baugenehmigungen erteilt werden. Im Allgemeinen liegt die Anzahl der von den israelischen Behörden für Baumaßnahmen in Ostjerusalem und anderen Teilen der Westbank erteilten Genehmigungen nach wie vor weit unter dem tatsächlichen Bedarf der palästinensischen Bevölkerung.

69. In den letzten Monaten konnte man einen beschleunigten Abriss von Häusern und anderen Gebäuden in palästinensischen Wohngebieten des besetzten Ostjerusalems beobachten. Allein 2008 wurden in Ostjerusalem nahezu 90 Häuser abgerissen (Übersicht 3.3), zusätzlich zu zahlreichen anderen in der Zone C im Westjordanland. Im ersten Quartal 2009 wurden in Ostjerusalem weitere 19 palästinensische Gebäude (darunter elf bewohnte Wohnstrukturen) zerstört. Die israelischen Behörden erklärten zwar, die betroffenen Strukturen seien ohne Genehmigung gebaut worden, aufgrund der vielfältigen Bauordnungsbestimmungen und hohen Gebühren ist es für Palästinenser jedoch bekanntermaßen schwierig, eine Baugenehmigung in diesen Gebieten zu erhalten. Mehrere VN-Gremien und -Organe haben eine sofortige Einstellung der Zerstörung von Häusern gefordert. Zuletzt hat Robert Serry, der Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahostfriedensprozess, davor gewarnt, dass Zerstörungen Spannungen zu einer Zeit Nahrung geben, in der „die internationale Gemeinschaft den Versuch unternimmt, einen ergebnisorientierten Friedensprozess wieder in Gang zu setzen“ (Kershner, 2009). Abgesehen vom Trauma und Leid der betroffenen Familien werden diese aus der Stadt vertrieben, da es unwahrscheinlich ist, dass sie Genehmigungen zum Bau neuer Häuser erhalten. Nach OCHA-Schätzungen besteht für mindestens 60.000 Palästinenser in Ostjerusalem die Gefahr, dass ihr Haus abgerissen wird (OCHA, 2009).

Übersicht 3.3. Abriss von Häusern, nach angegebenen Gründen

	Ostjerusalem	Westjordanland	
		Ohne Genehmigung gebaute Häuser	Angebliche militärische Zwecke
2006	50	44	39
2007	65	39	30
2008	89	29	10 ¹

¹ Daten nur bis 30. Juni 2008.
Quelle: B'Tselem, unter www.btselem.org.

Einschränkung von Aufenthaltsrechten

70. Nach der Annexion hat Israel Palästinensern in Ostjerusalem einen „Daueraufenthaltsstatus“ eingeräumt. Der Aufenthaltsstatus ist nach israelischem Recht Grundlage für einen rechtmäßigen Aufenthalt in Ostjerusalem und somit entscheidend für die Ausübung von Wirtschaftstätigkeiten vor Ort. Der Besitz eines Jerusalemer Personalausweises erleichtert den Personenverkehr zwischen dem besetzten Ostjerusalem und anderen Teilen des Westjordanlandes für Arbeits- oder Geschäftszwecke¹⁰ und sichert den sozialen Schutz.

71. Wenn palästinensische Einwohner Jerusalems nicht nachweisen können, dass „ihr Lebensmittelpunkt“ in der Stadt ist, und wenn sie mehr als sieben Jahre im Ausland leben, kann ihnen ihr Aufenthaltsstatus von den israelischen Behörden entzogen werden. Aufgrund dieser Politik leben Tausende palästinensische Männer und Frauen, die in der Regel wegen des Mangels an Wohnungen, von Ostjerusalem in Wohnquartiere außerhalb der von den israelischen Behörden festgelegten Stadtgrenze umzogen sind, ständig in der Angst, ihre Jerusalemer Personalausweise könnten eingezogen werden.

Potenzierte Auswirkungen der Sperrmauer

72. Die Sperrmauer hat Jerusalem effektiv vom Westjordanland abgeschnitten. Die Mauer umschließt zwar bereits einen großen Teil Ostjerusalems und trennt palästinensische Wohnquartiere, ein bis jetzt noch unvollständiger geplanter Abschnitt soll allerdings auch 14 Kilometer weit in das Westjordanland hineinreichen und so die Siedlung Ma'ale Adumim und den „Verbindungskorridor E-1“ zu Jerusalem einbeziehen.

73. Die Finanz- und Handelsbeziehungen zwischen der Stadt und der übrigen palästinensischen Wirtschaft sind stark eingeschränkt worden. Alle Palästinenser, die keinen Jerusalemer Personalausweis besitzen, benötigen zum Betreten der Stadt eine Erlaubnis, und die Einfuhr von palästinensischen Gütern in die Stadt ist nun stark eingeschränkt. An vier Passierstellen in der Mauer rund um Jerusalem können Palästinenser mit Genehmigungen die Stadt für Arbeit, ärztliche Versorgung, Bildungszwecke oder aus religiösen Gründen betreten. Viele Gesprächspartner der Mission äußerten die Befürchtung, dass Palästinensern, die innerhalb der Stadtgrenze wohnen, aber durch die Sperrmauer von der Stadt ausgeschlossen sind, künftig ihr Aufenthaltsstatus entzogen werden könnte. Daher sind viele Menschen mit Jerusalemer Personalausweis, deren Wohnsitz auf der „Westjordanseite“ der Sperrmauer liegt, auf die andere Seite umgezogen, um sicherzustellen, dass sie ihren Aufenthaltsstatus in Jerusalem behalten. Dies führte zu

¹⁰ Dagegen benötigen Palästinenser, die ihren Wohnsitz in anderen Teilen des Westjordanlandes haben, eine spezielle Genehmigung zur Einreise nach Ostjerusalem.

einer Übervölkerung in arabischen Wohngebieten ohne einen entsprechenden Zuwachs an Einkommensmöglichkeiten und Unterkünften. Junge palästinensische Einwohner von Jerusalem hält dies davon ab, zum Studium oder zum Erwerb von Arbeitserfahrung ins Ausland zu reisen.

Kasten 3.2
Der 1. Mai des PGFTU

Am 1. Mai 2009 nahmen etwa 250 Arbeitnehmer, Gewerkschafter und Mitglieder örtlicher Gemeinschaften als Protest gegen die Sperrmauer an einem Friedensmarsch in Al Ma-sara in der Nähe von Bethlehem teil. Bei diesem Anlass erklärte Generalsekretär Shaher Saed vom PGFTU Folgendes: „An diesem historischen 1. Mai leiden Arbeitnehmer in Palästina weiter unter der israelischen Besatzung. Die Besatzung und die Sperrmauer haben die palästinensische Wirtschaft zerstört. Die 600 Kontrollstellen und Sperren im Westjordanland erdrosseln weiterhin die Wirtschaft und zerstören die Fähigkeit von Arbeitnehmern, für ihre Familien zu sorgen (...). Wie kann Arbeitnehmern in diesem Klima Gerechtigkeit wiederfahren? Wir brauchen einen umfassenden Frieden, der der Trennmauer, den Kontrollstellen und der Besatzung ein Ende bereitet“. Die friedliche Veranstaltung wurde von den israelischen Streitkräften aufgelöst.

Quelle: PGFTU, 2009.

Arbeitsmarkt und soziale Ergebnisse und Aussichten

Stagnation der palästinensischen Wirtschaft und abnehmende Beschäftigung

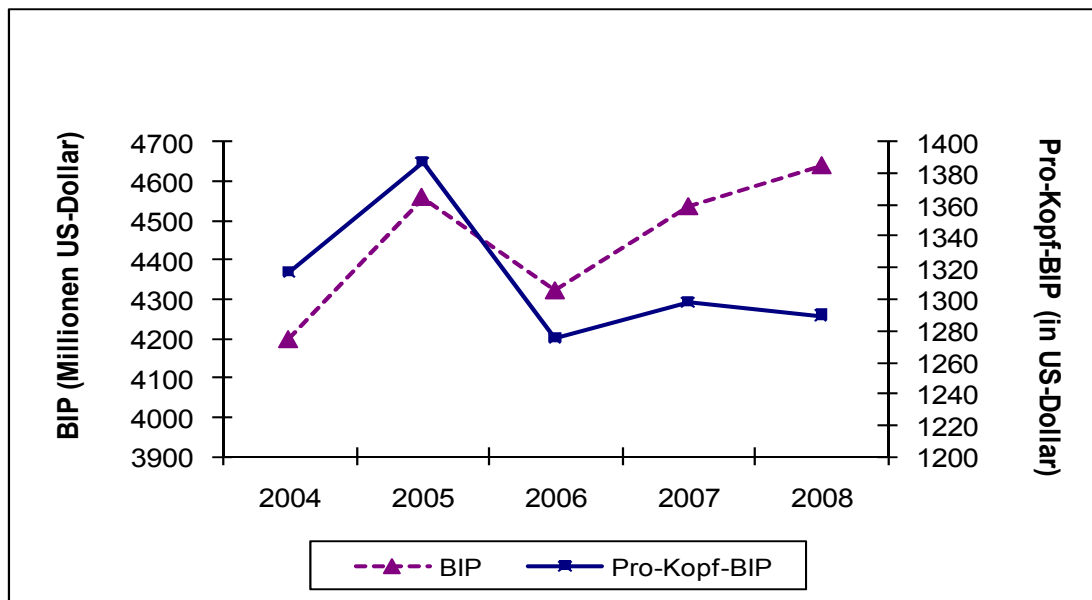
74. Die Wirtschaftstätigkeit verzeichnete 2008 einen sehr moderaten Zuwachs, etwa 2 Prozent gegenüber 2007, nach einem Wachstum im Jahr 2007 von fast 5 Prozent gegenüber 2006 (Abbildung 3.2). Infolge eines Bevölkerungswachstums von 2,7 Prozent pro Jahr ging das Durchschnittseinkommen 2008 allerdings leicht zurück (-0,6 Prozent). Mit 1.290 US-Dollar im Jahr 2008 (PCBS, 2009d) liegt das Niveau des Pro-Kopf-BIP immer noch etwa 28 Prozent unter dem Höchststand von 1999. Mit anderen Worten: Im letzten Jahrzehnt blieb die palästinensische Wirtschaft deutlich unter dem Höchststand von 1999. Die wachsende palästinensische Bevölkerung lebte somit in einer stagnierenden Wirtschaft, und die Zahl der in Armut lebenden Menschen ist größer als noch vor zehn Jahren. Die offensichtliche Ursache für diese schlechte wirtschaftliche Lage sind nach wie vor die militärische Besatzung und die vielfältigen Einschränkungen des Personen- und Güterverkehrs.

75. Obschon die vom PCBS zur Verfügung gestellten Daten keine definitive Schlussfolgerung erlauben, dürfte angesichts der völligen Blockade des Gazastreifens das 2008 verzeichnete moderate Wachstum höchstwahrscheinlich ausschließlich auf die Wirtschaftstätigkeit im Westjordanland zurückzuführen sein, die von einer relativen Verbesserung der Sicherheit profitierte.

76. Wirft man einen Blick auf die Quellen dieses moderaten Wachstums, so werden die wirtschaftlichen Narben sichtbar, die die Besatzung hinterlässt. Der Anteil von Landwirtschaft, Fertigung und Baugewerbe am gesamten BIP ist Jahr für Jahr zurückgegangen, während der Anteil der Dienstleistungen laufend angestiegen ist. Der Anteil von Landwirtschaft und Baugewerbe ist um mehr als die Hälfte zurückgegangen (auf 4,6 bzw. 4,9 Prozent 2008 gegenüber 10,4 bzw. 13,7 Prozent 1999), und der Anteil der Fertigung sank um nahezu 1 Prozent im Vergleich zu 1999. Dagegen stieg der Anteil der Dienstleistungen von 42,6 Prozent im Jahr 1999 auf 50,3 Prozent im Jahr 2008. Diese

relativen Anteile legen den Schluss nahe, dass die palästinensische Wirtschaft nicht von produktiven Investitionen, sondern von Konsum angetrieben wird, der erstens durch Auslandshilfe und zweitens durch die Löhne von in Israel und in den Siedlungen arbeitenden Palästinensern gestützt wird.

Abbildung 3.2. BIP und Pro-Kopf-BIP



Quelle: PCBS preliminary national accounts data, 2008 (PCBS, 2009d).

77. Nach Angaben der Weltbank entsprach die Auslandshilfe mit nahezu 1,8 Milliarden US-Dollar 2008 etwa 30 Prozent des BIP (Weltbank, 2009), d. h. einem Betrag von 487 US-Dollar pro Palästinenser pro Jahr, eine der höchsten Hilfsquoten der Welt. Die Auslandshilfe war unerlässlich für die Bereitstellung von Nahrungsmittelhilfe für etwa die Hälfte der von ihr abhängigen Bevölkerung, die Finanzierung der Aufrechterhaltung essentieller Dienste, insbesondere Bildung und Gesundheit, sowie der grundlegenden Infrastruktur und für die Palästinensische Behörde, die so in die Lage versetzt wurde, ihre Aufgaben zu erfüllen und ihre Beamten zu entlohnen (deren Zahl Mitte 2008 auf 140.000 geschätzt wurde).

78. Im vierten Quartal 2008 stieg die Zahl der in Israel beschäftigten Palästinenser auf 78.000, ein Anstieg von 18 Prozent gegenüber 2007. Die tatsächliche Zahl könnte sogar noch höher sein, da das Israelische Statistische Zentralamt in der israelischen Zahlungsbilanz von 2008 die Zahlung eines Faktoreinkommens (Löhne, die in Israel beschäftigten palästinensischen Arbeitnehmern gezahlt werden) in Höhe von 866 Millionen US-Dollar ausweist, was im Vergleich zu 2007 einen Anstieg von 49 Prozent darstellt (CBS, 2008). Dies lässt sich zum Teil durch den starken NIS gegenüber dem US-Dollar (der Währung der in der Zahlungsbilanz ausgewiesenen internationalen Transaktionen) erklären, zum Teil aber auch dadurch, dass mehr palästinensische Arbeitnehmer in Israel beschäftigt sind, deren Löhne und Verbrauch die Wirtschaft des Westjordanlandes stützen.

Narben der Besatzung im Bereich der Beschäftigung

79. Zwischen der Beschäftigungssituation im Westjordanland und in Gaza, die sich in 2008 beträchtlich verschlechterte, und der Wirtschaftstätigkeit gab es einen engen linearen Zusammenhang.

80. 2008 war die Lage im Westjordanland auf einem sehr niedrigen Niveau stabil, in Gaza hat sie sich hingegen aufgrund der Auswirkungen der vollständigen Blockade, durch die die reguläre Wirtschaftstätigkeiten praktisch zum Erliegen gekommen sind, weiter verschlechtert. Im vierten Quartal ging die Gesamtbeschäftigung in Gaza im Vergleich zum selben Quartal 2007 scharf zurück (um 28.000) und stieg – wie aus Übersicht 3.4 hervorgeht – im Westjordanland im selben Zeitraum nur geringfügig an (um 3.000). Entsprechend kam es zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit in Gaza, nämlich von 28,9 Prozent auf 44,8 Prozent (16 Prozentpunkte). Im Westjordanland stieg die Arbeitslosigkeit leicht an, von 19,2 Prozent im vierten Quartal 2007 auf 19,8 Prozent im vierten Quartal 2008. Als Folge der Militärintervention in Gaza im Januar 2009 dürften sich diese Zahlen noch weiter erhöht haben.

Übersicht 3.4. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	4. Quartal 2007	4. Quartal 2008	Veränderung (in %)
Beschäftigung (in Tausend)			
Westjordanland	403	406	3
Gaza	189	161	-28
Arbeitslosigkeit (in %)			
Westjordanland	19,2	19,8	0,6
Gaza	28,9	44,8	15,9

Quelle: PCBS, 2007-08.

81. Die Beschäftigungsquote (Menschen im Alter von 15 Jahren und darüber) stieg im letzten Quartal 2008 im Westjordanland geringfügig auf 34,3 Prozent, ging aber in Gaza noch weiter, nämlich auf 21,4 Prozent, zurück – was einer von fünf Personen in dieser Altersgruppe entspricht. Im internationalen Vergleich sind beide Quoten außerordentlich niedrig. Ein anderer Maßstab für den Mangel an Arbeit ist die Abhängigenquote: Im Westjordanland unterstützt eine Erwerbsperson durchschnittlich 4,7, in Gaza hingegen 8,8 Personen.

82. Diese niedrigen Beschäftigungszahlen zeigen jedoch nur unvollständig, wie sich die seit einem Jahrzehnt andauernde wirtschaftliche Stagnation auf palästinensische Arbeitnehmer und ihre Familien auswirkt. Es ist durchaus möglich, dass nicht alle als „Erwerbspersonen“ gezählten Personen eine Vollzeitbeschäftigung ausüben. Die Grenzen zwischen Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und der nicht erwerbstätigen Bevölkerung (Nichterwerbspersonen) verwischen sich immer mehr. Menschen können ein Beschäftigungsverhältnis haben, aber vorübergehend abwesend sein oder nur wenige Stunden pro Woche oder sogar ohne Entgelt arbeiten.

Wirtschaftsblockade von Gaza

83. Nach Angaben des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) sind nahezu 45.000 Einwohner von Gaza seit der ersten Hälfte 2007 effektiv „abwesende Arbeitnehmer“ (Weltbank, 2009). Aus PALTRADE-Daten geht hervor, dass die Zahl der Industriebetriebe von 3.900 im Juni 2005 auf 200 im Dezember 2008 (vor der Militärintervention) zurückging, während die Zahl der Erwerbstätigen im selben Zeitraum von 35.000 auf 1.900 gefallen ist (ebd.).

84. Die Folgen der Blockade der Wirtschaft Gazas zeigen sich am dramatisch niedrigen Anteil der Beschäftigung in der Landwirtschaft (7 Prozent), in der Fertigung (2,7 Prozent) und im Baugewerbe (weniger als 1 Prozent). Etwa 68 Prozent der Gesamtbeschäftigung in Gaza entfallen jetzt auf den Dienstleistungssektor (37 Prozent in 1999), eine sehr einseitige Verteilung (PCBS, 2009a).

85. Die Wirtschaftstätigkeit ist jetzt auf ein Minimum abgesunken, nämlich auf Nahrungsmittelhilfe, eine Beschäftigung beim Staat und die „Tunnelwirtschaft“, die selbst nach der im Dezember 2008 eingeleiteten Militärintervention weiter funktioniert.

Eine Wirtschaft mit geringer Produktivität

86. Im Vergleich mit den Anteilen der Wirtschaftssektoren am BIP (Übersicht 3.5) zeigt die sektorale Aufteilung der Beschäftigung im Westjordanland und in Gaza, dass die Beschäftigung in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und im Handel deutlich höher liegt als der entsprechende Anteil am BIP, was auf eine unterdurchschnittlich niedrige Produktion pro Beschäftigten schließen lässt. Das Gegenteil ist der Fall in der Fertigung (wenngleich deren relativer Anteil an der Beschäftigung und der Produktion sehr niedrig ist), im Transport und bei Dienstleistungen. Aus diesen Zahlen lässt sich der Schluss ziehen, dass große Teile der Wirtschaft eine unterdurchschnittliche Produktivität aufweisen, was entweder auf die große Anzahl von Kleinbetrieben mit geringem Tätigkeitsumfang oder auf eine Arbeitsteilung in großem Ausmaß, d. h. eine relativ hohe Beschäftigungsintensität, zurückzuführen ist.

Übersicht 3.5. Sektorale Aufteilung von BIP und Beschäftigung, 2008

	Anteil am BIP (in %)	Anteil an der Beschäftigung (in %)
Landwirtschaft	5,2	13,0
Fertigung	15,6	11,1
Baugewerbe	5,6	10,8
Handel, Restaurants und Hotels	14,9	20,1
Transport, Lagerung und Kommunikation	10,2	5,6
Dienstleistungen	48,5	39,4
Insgesamt	100	100

Quelle: PCBS, 2009a und 2009d.

Palästinensische Jugendliche, weder in einer Beschäftigung noch in einer Ausbildung

87. Die palästinensische Bevölkerung ist jung. Jeder vierte Palästinenser ist unter 14 Jahre alt – d. h. 1,6 Millionen Menschen oder 43 Prozent der Bevölkerung. Der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) ist sogar noch größer: 52 Prozent oder etwas mehr als eine Million Menschen sind der Altersgruppe 15 bis 29 Jahre zuzurechnen (nach Daten der Volkszählung von 2007).

88. Mit mehr als 85 Prozent der Jugendlichen in einer Ausbildung sind die Einschulungsraten bis zur Altersgruppe 15 bis 17 Jahre relativ hoch. In der Gruppe der 18-Jährigen sinkt die Rate auf 12 Prozent. Dies legt den Schluss nahe, dass sich 34 Prozent der Altersgruppe 15 bis 29 Jahre in der Ausbildung befinden. Andererseits sind nach PCBS-

Angaben etwa 20 Prozent dieser Altersgruppe erwerbstätig. Betrachtet man diese Zahlen zusammen, so sind etwa 540.000 Jugendliche oder 54 Prozent dieser Altersgruppe weder in einer Beschäftigung noch in einer Ausbildung. Der Müßiggang junger Menschen, Arbeitslosigkeit, Armut und militärische Besatzung bilden, wie mehrere Sozialwissenschaftler in anderen ähnlichen Kontexten beobachtet haben, eine sehr gefährliche Mischung.

89. Der bekannte amerikanische Soziologe William Julius Wilson machte in einer Schrift über städtische Armut und das Verschwinden von Arbeit in städtischen Kerngebieten in den 1980er und 1990er Jahren folgende Beobachtung: „Ein Wohngebiet, in dem Menschen arm sind, aber eine Beschäftigung haben, ist ganz anders als ein Wohngebiet, in dem Menschen arm und arbeitslos sind“ (Wilson, 1996).

90. Wer Interesse an Stabilität im Nahen Osten hat, sollte die Frage der Arbeitsplätze für jugendliche palästinensische Männer und Frauen ganz oben auf die Agenda setzen. Angesichts der genannten Zahlen wäre eine spezielle Beschäftigungsgarantie für Jugendliche durchaus gerechtfertigt.

Kasten 3.3

Sharek-Jugendforum: Eine Botschaft zum 90. Jahrestag der IAO

Die IAO und ihre dreigliedrigen palästinensischen Partner begingen am 21. April 2009 gemeinsam mit dem Sharek-Jugendforum den 90. Jahrestag der Organisation. Das Forum ist eine führende palästinensische Organisation von Jugendlichen für Jugendliche und setzt sich dafür ein, die palästinensische Gesellschaft durch die Befähigung der Jugend zu Eigenständigkeit zu stärken.

Unter dem Thema „Die IAO begeht ihren 90. Jahrestag mit einem globalen Dialog für menschenwürdige Arbeit und eine faire Globalisierung“ brachte das Sharek-Jugendforum Jugendliche und Vertreter der dreigliedrigen palästinensischen Partner der IAO (Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer), des privaten Sektors und von Hochschulen zu einer dreitägigen offenen Diskussion zusammen, bei der eine Reihe von Problemen im Zusammenhang mit der Jugendbeschäftigung angesprochen wurden. Nahezu 500 Jugendliche nahmen an den Treffen teil, die in Ramallah, Hebron, Nablus und Gaza durchgeführt wurden.

50 Prozent der palästinensischen Bevölkerung sind Jugendliche unter 17 Jahren, und 52 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) sind der Altersgruppe 15 bis 29 Jahre zuzurechnen. Von dieser Gruppe sind 54 Prozent weder in einer Beschäftigung noch in einer Ausbildung.

Aus diesem Grund standen im Mittelpunkt der Seminare Themen wie gleiche Beschäftigungschancen für Jugendliche, die Frage, wie eine wirksame Partnerschaft zwischen Universitäten und dem privaten Sektor geschaffen werden kann, und Probleme im Zusammenhang mit der Transparenz des Arbeitsmarkts. Die übergreifende Botschaft war, dass sichergestellt werden muss, dass jeder junge Palästinenser durch eine faire Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit eine Chance erhält. Die an der Veranstaltung teilnehmenden Jugendlichen betrachteten die Gespräche mit dem Minister für Arbeit und Planung und den Vertretern der Sozialpartner, des privaten Sektors und von Organisationen der bürgerlichen Gesellschaft als eine echte Chance für einen direkten Dialog über ihre Anliegen und Vorstellungen.

Nur ein paar weitere Treffen? Eines der wichtigsten Ergebnisse ist, dass das Sharek-Jugendforum wöchentliche Dialog-Workshops in die Wege leitete, bei denen an unterschiedlichen Orten Jugendliche und Entscheidungsträger zur Erörterung von Fragen der Regierungsführung zusammentreffen.

Preisinstabilität

91. Die palästinensische Wirtschaft zeigte sich relativ immun gegen die Schwankungen der Weltwirtschaft, mit Ausnahme eines Aspektes – Preise. Die Preise stiegen 2008 scharf an und erreichten im August/September 2008 einen Höhepunkt, insbesondere die Preise der Grundnahrungsmittel, was sich am stärksten auf die Kaufkraft von Haushalten mit niedrigem Einkommen auswirkt. 2008 stieg der Verbraucherpreisindex durchschnittlich um 9,89 Prozent, in Gaza aber um 13,98 Prozent. Die Nahrungsmittelpreise erhöhten sich um durchschnittlich 17 Prozent und in Gaza um 21 Prozent. Anfang 2009 verlangsamte sich der Preisanstieg, die Preise blieben allerdings hoch.

92. Die Preissteigerungen sind zurückzuführen auf den Anstieg der internationalen Preise, insbesondere der Grundnahrungsmittel wie Weizen, in Verbindung mit einem Mangel vor Ort, insbesondere in Gaza, das vom Rest der Welt abgeschnitten ist.

93. Darüber hinaus führte die starke Aufwertung des NIS gegenüber dem US-Dollar (um durchschnittlich 13 Prozent im Jahr 2008) einerseits zu einer Senkung der Kosten für Importe in das Westjordanland und nach Gaza, wirkte sich andererseits aber auch negativ auf die Kaufkraft der Auslandshilfe aus, die überwiegend in US-Dollar gewährt wird.

4. Der besetzte syrische Golan

94. Israel hat den syrischen Golan 1967 besetzt und ihn 1981 formell annektiert. Die internationale Gemeinschaft vertritt die Auffassung, dass der israelische Beschluss, seine Gesetzgebung, seine Rechtsprechung und seine Verwaltung auf den besetzten syrischen Golan anzuwenden, null und nichtig und ohne völkerrechtliche Wirkung ist. Trotz der vom Sicherheitsrat, der Generalversammlung und dem Menschenrechtsrat immer wieder erhobenen Forderung, Israel solle seinen Beschluss rückgängig machen¹¹, hat die Annexion weiterhin tägliche Auswirkungen auf das Leben und die Menschenrechte der im besetzten syrischen Golan lebenden syrischen Bürger.

95. 2008 veröffentlichte Daten des Israelischen Statistischen Zentralamts lassen erkennen, dass die Zahl der im besetzten syrischen Golan lebenden israelischen Siedler von 16.900 im Jahr 2006 zum 31. Juli 2007 auf 17.300 angestiegen ist (CBS, 2008). Unterdessen lehnen die Vereinten Nationen nach wie vor die israelischen Siedlungstätigkeiten im besetzten syrischen Golan als unrechtmäßig ab und fordern Israel auf, eine Änderung der demographischen Zusammensetzung zu unterlassen¹².

96. Die von der Mission 2009 enthaltenen Informationen über den besetzten syrischen Golan ändern nichts an den Feststellungen früherer Berichte des Generaldirektors. Syrische Bürger, die im besetzten syrischen Golan leben, stehen bei der Sicherung ihres Lebensunterhalts und ihren beruflichen Tätigkeiten vor schwerwiegenden Hindernissen. Die Bewohner waren seit jeher auf landwirtschaftliche Tätigkeiten, insbesondere den Obstanbau, angewiesen, und werden nun durch israelische Maßnahmen und Politiken, die ihren Zugang zu ihrem Land und Wasser beschränken, stark behindert. Diskriminierende Wasserkontingente und Gebührenordnungen begünstigen israelische Siedler.

97. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) unterstützte im Februar 2009 den Transport von 8.000 Tonnen Äpfel über die Demarkationslinie zwischen dem besetzten syrischen Golan und der Arabischen Republik Syrien (IKRK, 2009)¹³. Ähnliche Transporte hatten jährlich zwischen 2005 und 2007 stattgefunden. Der Zugang zum syrischen Markt ist für das Überleben der lokalen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Die syrischen Farmer des besetzten syrischen Golan sind mit dem Preis für Äpfel bester Qualität (ein US-Dollar pro Kilogramm) in der Arabischen Republik Syrien zufrieden. Sie hoffen jedoch auf eine Erhöhung des Preises für Äpfel zweiter Qualität, die wegen der Einschränkungen der Wasserversorgung den größten Teil ihrer Gesamtproduktion ausmachen.

98. Die syrischen Bürger des besetzten syrischen Golan leiden unter einem Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten in ihren Gemeinschaften, und sie haben keine Aussichten auf eine wirtschaftliche Entwicklung der Region. Für viele ist eine Beschäftigung in Israel, in erster Linie im Baugewerbe, nach wie vor die einzige Option. Alle Gesprächspartner der Mission haben immer wieder erklärt, dass diese Arbeitnehmer beim Zugang zum israelischen Arbeitsmarkt stark von Unterauftragnehmern abhängig sind, was sie für ausbeuterische Praktiken und Verletzungen ihrer Arbeitsrechte anfällig macht. Unter

¹¹ Resolution 497(1981) des Sicherheitsrats vom 17. Dezember 1981 und spätere Resolutionen der Generalversammlung und des Menschenrechtsrats, in jüngster Zeit die Resolution 63/99 der Generalversammlung vom 18. Dezember 2008 und die Resolution 10/17 des Menschenrechtsrates vom 26. März 2009.

¹² Resolution 63/97 der Generalversammlung vom 5. Dezember 2008, Resolution 10/17 des Menschenrechtsrates vom 26. März 2009.

¹³ Die Gesamtproduktion belief sich 2008 auf 34.000 Tonnen.

dem Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten im besetzten syrischen Golan leiden insbesondere Frauen, deren berufliche und regionale Mobilität stark eingeschränkt ist.

99. Die Mission nahm Kenntnis von der Bereitschaft der Histadrut, die im besetzten syrischen Golan lebenden syrischen Bürger bei der Verteidigung ihrer Arbeitsrechte zu unterstützen. Sie akzeptiert aber auch die Entscheidung der Betroffenen, diese Möglichkeit nicht in Anspruch zu nehmen, weil sie ihre Identität im gegenwärtigen Kontext der Besatzung und Annexion wahren wollen.

5. Verbesserte öffentliche Verwaltung und sozialer Dialog

100. Die palästinensischen Institutionen sind weiterhin bemüht, sich vor dem Hintergrund der herrschenden politischen Verhältnisse und Beschränkungen mit Verwaltungsfragen zu befassen.

Achtung der grundlegenden Rechte

101. „Wir arbeiten als staatlicher Kontrollbeauftragter“ erklärte Dr. Mamdouh Aker, der Generalkommissar des Unabhängigen Komitees für Menschenrechte (ICHR). Dieses 1993 eingesetzte Komitee hat sich zu einer angesehenen Institution entwickelt, die durch Förderung und Schutz grundlegender Menschenrechte und -freiheiten die palästinensische Sache vertritt. Das Komitee untersteht unmittelbar der Palästinensischen Behörde und dem Palästinensischen Legislativrat. Durch seine vor kurzem erfolgte Aufnahme in den Internationalen Koordinationsausschuss nationaler Institutionen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte (ICC) hat das Komitee internationale Anerkennung als nationale Menschenrechtsinstitution im Sinne der Pariser Grundsätze¹⁴ gefunden.

102. 2008 erstellte das Komitee Sonderberichte über die Medienfreiheit und die Vereinigungsfreiheit, einschließlich der Ausübung gewerkschaftlicher Rechte. Das Komitee äußerte auch Sorge über Entlassungen und die Einstellung von Lohnzahlungen im Fall von 260 staatlichen Bediensteten, was mit „Sicherheitsgründen“ und einem „mangelnden Eintreten für die demokratisch legitimierte Regierung“ begründet wurde. Das Komitee ist der Ansicht, dass eine solche Behandlung im Widerspruch zu bestehenden Gesetzen und rechtstaatlichen Prinzipien steht, und unterbreitete den Palästinensischen Behörden diesbezüglich konkrete Empfehlungen (ICHR, 2009). Das Mandat des Komitees hat sich in Zeiten innerpalästinensischer Konflikte bei der Untersuchung von Menschenrechtsverstößen auf allen Seiten als äußerst wichtig erwiesen.

103. Die Palästinensische Behörde ist am 9. März 2009 dem Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau beigetreten. Ein nächster Schritt sind Rechtsvorschriften über die Gleichstellung der Geschlechter, um die Durchführung des Übereinkommens zu gewährleisten. Verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, auch in der Welt der Arbeit, werden laufende Bemühungen stärken, den Zugang von Frauen zu Beschäftigung und einkommensschaffenden Tätigkeiten zu verbessern¹⁵.

Sozialdialog: Errungenschaften und Probleme

104. Der Minister für Arbeit und Planung, Dr. Samir Abdullah, erklärte gegenüber der Mission, die dreigliedrigen palästinensischen Mitgliedsgruppen unterhielten im Allgemeinen gute Beziehungen, er wünsche sich aber einen systematischeren und institutionalisierten sozialen Dialog in Form eines ständigen Mechanismus. Der PGFTU schloss sich dem an und trat mit Nachdruck dafür ein, im Rahmen des Arbeitsrechts die Einset-

¹⁴ Grundsätze der Vereinten Nationen betreffen die Stellung und Tätigkeit nationaler Einrichtungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, 20. Dez. 1993.

¹⁵ Die Palästinensische Behörde hat sich bereits zur Einhaltung des IAO-Übereinkommens (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, und des Übereinkommens (Nr. 100) über die Gleichheit des Entgelts, 1951, verpflichtet. Diese grundlegenden Übereinkommen der IAO und das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau sind komplementär und stärken sich gegenseitig.

zung eines dreigliedrigen Konsultationsgremiums vorzusehen, das eine Plattform für eine echte Partnerschaft bieten würde.

105. Das ICHR betonte den Grundsatz des gewerkschaftlichen Pluralismus und forderte das Ministerium für Arbeit und Planung auf, eine korrekte Registrierung von Gewerkschaften zu gewährleisten (ICHR, 2009). Der Mission wurde allerdings mitgeteilt, dass hinsichtlich des Erlasses von Rechtsvorschriften, die Rahmenbedingungen für die Gründung und Registrierung von Gewerkschaften im Einklang mit IAO-Normen schaffen würden, keine Fortschritte erzielt wurden.

106. Unterdessen hat der Palästinensische Industrieverband seine Position als Sozialpartner, der großes Interesse daran hat, einen Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu leisten, dadurch gefestigt, dass er interne Wahlen abhielt und seine finanziellen Schwierigkeiten bewältigte.

Fortschritte im Bereich der Sicherheit und des Finanz- und Schuldenmanagements

107. Zahlreiche Gesprächspartner der Mission erklärten, die Sicherheitslage im Westjordanland würde sich insgesamt weiter verbessern. Die von der Palästinensischen Behörde bei der Schaffung von Recht und Ordnung erzielten Fortschritte werden in den vom Außenministerium der Vereinigten Staaten am 30. April 2009 veröffentlichten *Country Reports on Terrorism 2008* anerkannt (Außenministerium der Vereinigten Staaten, 2009).

108. Auch bei der Zusammenarbeit zwischen israelischen und palästinensischen Sicherheitsdiensten gab es Verbesserungen, wenngleich nach wie vor nicht abgesprochene einseitige Untersuchungen der israelischen Streitkräfte in Gebieten, die der palästinensischen Kontrolle unterstehen, durchgeführt wurden (ebd.). Das palästinensische ICHR forderte mit Nachdruck, Sicherheitsmaßnahmen im Einklang mit grundlegenden Menschenrechten und Grundfreiheiten sowie rechtsstaatlichen Grundsätzen durchzuführen.

109. Im Verlauf des Jahres 2008 hat die Palästinensische Behörde ihr Finanz- und Schuldenmanagement erheblich verbessert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) (2009) weist ausdrücklich auf die 2008 fortgeführte Haushaltskonsolidierung hin, durch die das Haushaltsdefizit in Höhe von 24 Prozent des BIP im Jahr 2007 auf 19 Prozent im Jahr 2008 reduziert wurde. Dies wurde in erster Linie durch die Kürzung von Subventionen für Grundversorgungsdienste und Personalausgaben der Palästinensischen Behörde erreicht; im Haushalt von 2009 ist eine weitere erhebliche Reduzierung des Außenfinanzierungsbedarfs für den ordentlichen Haushalt vorgesehen. Darüber hinaus wurde im Finanzministerium eine Buchhaltungsabteilung zur Unterstützung eines besseren Systems zur Verwaltung der öffentlichen Finanzen eingerichtet, und die von der Palästinensischen Währungsbehörde durchgeführten institutionellen Reformen, u.a. die Einführung eines Gesetzes zur Verhinderung der Geldwäsche, haben ihr großes Ansehen in Bezug auf eine sorgfältige Bankenaufsicht verschafft.

Stärkung der israelisch-palästinensischen Gewerkschaftskooperation

110. Im Jahr 2008 haben sowohl der PGFTU als auch der Allgemeine Israelische Gewerkschaftsbund (Histadrut) der Mission mitgeteilt, dass sie mit Interesse einer Stärkung ihrer Zusammenarbeit entgegensehen (IAA, 2008a). Zur Konkretisierung dieser Verpflichtungen schlossen die beiden Arbeitnehmerverbände am 24. Juli 2008 eine rich-

tungsweisende Vereinbarung ab, die auf einen besseren Schutz palästinensischer Arbeitnehmer und die Förderung von Brüderlichkeit und Koexistenz zwischen den Völkern Israels und Palästinas abzielt. Zum Abschluss dieser Vereinbarung trug der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) bei, dem sowohl der PGFTU als auch die Histadrut angehören¹⁶.

Kasten 5.1
Die Vereinbarung von 2008 zwischen dem PGFTU und der Histadrut:
Einige wesentliche Merkmale

- Rückerstattung durch die Histadrut an den PGFTU der noch ausstehenden Gebühren, die für israelische Arbeitgeber arbeitende Palästinenser seit 1993 für die gesetzliche Vertretung entrichtet haben, und künftige Überweisung von mindestens 50 Prozent derartiger Gebühren an den PGFTU.
- Gewährung von Rechtsbeistand durch die Histadrut für von israelischen Arbeitgebern beschäftigte palästinensische Arbeitnehmer und Unterstützung des PGFTU bei der Behandlung derartiger Fälle.
- Durchführung von Schulungs- und Ausbildungskursen und -seminaren, insbesondere im Bereich von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsschutz.

111. Bei ihren Gesprächen mit der Mission stellte die Histadrut mehrere neue Projekte und Initiativen vor, die in Zusammenarbeit mit palästinensischen Partnern im Rahmen der neuen Vereinbarung realisiert werden sollen. Hierzu zählen ein Ausbildungsprojekt für palästinensische und israelische Lastkraftwagenfahrer über Arbeitsrechte und Arbeitsschutz, eine gemeinsame Initiative der israelischen und palästinensischen Transportunion, sowie ein Projekt, das für palästinensische Bauarbeiter in Israel Ausbildung und Beschäftigung vorsieht, eine Initiative, an der sich die entsprechenden Bauarbeitergewerkschaften beteiligen. Das letztgenannte Projekt wird 60 palästinensische Arbeitnehmer in die Lage versetzen, ihre Fertigkeiten zu verbessern und anschließend von israelischen Bauunternehmen beschäftigt zu werden. Die Histadrut bemüht sich gegenwärtig gemeinsam mit der Bau- und Holzarbeiter Internationale (BWI) um internationale Geberunterstützung für dieses Programm. Sie veröffentlicht und verteilt weiter Informationsmaterial für palästinensische Arbeitskräfte in arabischer Sprache.

112. Die Mission begrüßt diese positiven Entwicklungen. Die IAO hat enge brüderliche Beziehungen zwischen der israelischen und der palästinensischen Gewerkschaftsbewegung immer unterstützt und gefördert. Bei der Zusammenarbeit zum Schutz von Arbeitnehmerrechten und -interessen stehen die Werte und Grundsätze der IAO an oberster Stelle, und dies eröffnet hoffnungsvolle Perspektiven auf dem Weg zum Frieden.

¹⁶ Der Generaldirektor hat bereits darauf hingewiesen, dass in Israel beschäftigte palästinensische Arbeitnehmer 1 Prozent ihrer Löhne an die Histadrut abführen, obwohl sie ihr nicht als Mitglieder beitreten (IAA, 2003). 1995 unterzeichneten die Histadrut und der PGFTU ein Abkommen, das vorsieht, dass die Hälfte der eingezogenen Mitgliedsbeiträge an den PGFTU weitergeleitet wird. Ferner wurde vereinbart, dass die andere Hälfte der Beiträge der Histadrut dazu dienen würde, in Israel beschäftigten palästinensischen Arbeitnehmern Rechtsdienste zu bieten. In der Vereinbarung von 2008 zwischen der Histadrut und dem PGFTU werden Schwierigkeiten bei der Durchführung dieser früheren Vereinbarungen aus dem Weg geräumt.

6. Schlussfolgerungen

Zusammenfassung der Ergebnisse

113. Die Mission des IAA besuchte in der zweiten Hälfte des Monats April 2009 die besetzten arabischen Gebiete und konstatierte im Gazastreifen und im Westjordanland grundlegend unterschiedliche Situationen hinsichtlich des menschlichen Wohlergehens, der Beschäftigung und der unternehmerischen Tätigkeiten. Einige Indikatoren für das Westjordanland zeigen zwar eine leichte Verbesserung, die Bevölkerung und Wirtschaft von Gaza leiden allerdings seit 2008 unter dem Würgegriff einer nahezu vollständigen Abriegelung sowie unter den verheerenden Militäroperationen von Dezember 2008 bis Januar 2009. Das besetzte Ostjerusalem, annektiert von der israelischen Regierung in Verletzung internationalen Rechts, wird zunehmend einseitig vom Westjordanland abgetrennt. Diese Tendenzen können zu einem weiteren Verfall der palästinensischen Wirtschaft führen und eine Zwei-Staaten-Lösung und die Aussichten auf eine nachhaltige Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer und ihrer Familien gefährden.

114. Die palästinensische Wirtschaft und der palästinensische Arbeitsmarkt können unter der Besatzung nicht gedeihen. Das 2008 gegenüber 2007 erzielte moderate BIP-Wachstum hat wegen der Bevölkerungszunahme nicht zu einem Einkommenswachstum geführt. Das Pro-Kopf-BIP blieb real etwa 28 Prozent unter dem Höchststand von 1999. Der wachsende Anteil der Dienstleistungen am BIP zeigt, dass die Triebkraft der palästinensischen Wirtschaft nicht produktive Investitionen, sondern der Konsum ist. Angesichts der außerordentlichen hohen Abhängigkeit der Palästinenser von Auslandshilfe – 2008 fast 1,8 Milliarden US-Dollar – dürften die binnenwirtschaftlichen Antriebskräfte viel zu schwach sein, um den Einkommensstand von 1999 zu sichern.

115. Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und Beschäftigung mit niedriger Produktivität gehen Hand in Hand mit fortdauernder und erniedrigender Armut. Die Zerstörung von Existenzgrundlagen und unsichere Aussichten für die Zukunft führen für zu viele palästinensische Kinder, Frauen und Männer zu Verzweiflung und Frustration.

Schlüsselpotentiale für positiven Wandel

116. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Beendigung der Besatzung und die Schaffung eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten eine Priorität darstellen. Um dorthin zu gelangen, wurden von der internationalen Gemeinschaft und in diesem Bericht fünf Schlüsselpotentiale für positiven Wandel genannt. Dabei handelt es sich um Folgendes:

- Aufhebung des Belagerungszustandes von Gaza und Durchführung der Vereinbarung von 2005 über Bewegungsfreiheit und Zugang im Westjordanland und Gazastreifen;
- Befreiung der Privatwirtschaft und Arbeitnehmer von den Beschränkungen des Zugangs und der Bewegungsfreiheit sowie des Zugangs zu natürlichen Ressourcen und Infrastrukturen und ihrer Nutzung, die den arabischen Gebieten von der Besatzung auferlegt worden sind;
- Erzielung greifbarer Ergebnisse bei der innerpalästinensischen Aussöhnung;
- fortgesetzte Verbesserung der öffentlichen Verwaltungsführung der Palästinensischen Behörde; und
- Maximierung des Beschäftigungsgehalts der internationalen Hilfe.

117. Die fünf Potentiale stehen im Zusammenhang mit den wichtigsten Akteuren – die Regierung Israels, die Palästinensische Behörde, die De-facto-Regierung in Gaza, die internationale Gemeinschaft und nicht zuletzt der palästinensische private Sektor und die repräsentativen Verbände der Arbeitnehmer.

118. Ein voll funktionsfähiger privater Sektor mit stützenden öffentlichen Institutionen und frei von den genannten einschränkenden Restriktionen kann rasch die Produktion aufnehmen und den Zugang zu Märkten und Technologien eröffnen. Die steigende Produktivität und Beschäftigung sollte im Hinblick auf die Lage der Arbeitnehmer zu greifbaren Ergebnissen führen.

119. Wirtschaftliche Überlegungen und soziale Gerechtigkeit spielen bei der Friedensstiftung eine wichtige Rolle. „Wirtschaftlicher Fortschritt ist von entscheidender Bedeutung für die politischen Kräfte, die für Frieden eintreten“ ist eine der wichtigsten Lektionen des Konflikts in Nordirland (Portland Trust, 2007), der verschärft wurde durch wirtschaftliche Ungleichheit und weitverbreitete Gewalt. Finanzielle Hilfen der Regierung des Vereinigten Königreichs stützten die Wirtschaft, und das Wachstum des privaten Sektors, angetrieben durch bedeutende ausländische Direktinvestitionen und international vermittelte Wirtschaftsdiskussionen, bot eine Plattform für eine politische Lösung. Hier gibt es offenbar starke Parallelen, aus denen Lehren gezogen werden können.

120. Die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung ist weniger als 17 Jahre alt. Die Aussichten für diese Generation, ihre Ausbildung abzuschließen und zu nutzen, um eine menschenwürdige Arbeit zu finden, sind in einem Kontext, der sich durch Konfrontation und Gewalt auszeichnet, unsicher. Alle beteiligten Parteien sollten sich bemühen, den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung und die Förderung der Beschäftigung und wirtschaftlicher Chancen zu erleichtern, um so anstelle von Traumatisierung, Frustration, Wut und Hoffnungslosigkeit eine realistische Vision einer menschenwürdigen Existenz zu schaffen.

121. Die internationalen Organisationen und insbesondere UNRWA (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 2009a) haben in Gaza, wo 88 Prozent der Bevölkerung von Organisationen der VN unterstützt werden, eine wahrhaft lebenswichtige Rolle übernommen. Der Palästinensische nationale Plan für raschen Wiederaufbau und wirtschaftliche Erholung für Gaza 2009-10 gibt einen Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Hilfssysteme in Gaza, die wiederaufgebaut und verbessert werden müssen. Zwar wird der Plan von kurzfristigen Erfordernissen dominiert, er hat aber auch eine darüber hinausreichende Perspektive zu dauerhafter Entwicklung. „Die Wiederaufbau-bemühungen bieten die Chance, die für Gaza erforderliche langfristige Entwicklung erneut in Gang zu bringen und zu beschleunigen“ (Weltbank, 2009). Unter der Voraussetzung, dass in ausreichendem Umfang Material und Bargeld nach Gaza eingeführt werden können, werden diese Bemühungen direkt und indirekt private Produktivtätigkeiten und die Beschäftigung stützen, und die Abhängigkeit von direkten Unterstützungsmaßnahmen und humanitärer Hilfe verringern. Eine besonders wichtige Variable ist der Beschäftigungsgehalt der internationalen Hilfe.

122. Viele Beobachter sind sich einig, dass sich die öffentliche Verwaltungsführung unter dem Ministerpräsidenten Salam Fayyad deutlich verbessert hat. Dies bezieht sich auf das Finanz- und Schuldenmanagement, die innere Sicherheit in den Gebieten A und B des Westjordanlands unter Aufsicht der Palästinensischen Behörde und die Überwachung des palästinensischen Bankensystems durch die die palästinensische Währungsbehörde. Die Verwaltung des Arbeitsmarktes muss noch weiter konsolidiert werden. Erforderlich ist ein systematisches Vorgehen im Bereich der Beschäftigungspolitik, und die

entsprechenden Strukturen des Arbeitsministeriums müssen gestärkt werden. Die Systeme der Sozialen Sicherheit müssen einer umfassenden Evaluierung unterzogen werden. Das Arbeitsministerium möchte die Sozialpartner systematischer an Entscheidungsprozessen beteiligen, und das System der Arbeitsbeziehungen bedarf einer weiteren Konsolidierung auf Grundlage der IAO-Übereinkommen (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, und (Nr. 98) über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949.

Hilfe der IAO ¹⁷

123. In diesem Jahr war die Mission Zeuge eines erweiterten Programms der technischen Zusammenarbeit der IAO für die besetzten arabischen Gebiete, das im Mai 2008 von dem palästinensischen Minister für Arbeit und Planung genehmigt und formal gebilligt worden war (IAA, 2008b). Das Programm befasst sich mit den Beschäftigungsproblemen, die im Palästinensischen Reform- und Entwicklungsplan (PRDP) genannt werden. Das Beschäftigungsprogramm hat drei Hauptziele:

- Stärkung der Arbeitsmarktverwaltung und -rechte,
- Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit durch Qualifizierung und örtliche wirtschaftliche Entwicklung, und
- Stärkung des Unternehmertums und der Produktivität für das Wachstum des privaten Sektors.

124. In früheren Jahren hat der Allgemeine Gewerkschaftsbund von Palästina (PGFTU) gegenüber der IAO wiederholt die Rechte der palästinensischen Arbeitnehmer in Israel und den Siedlungen mit schwebenden Verfahren im Zusammenhang mit israelischen Arbeitgebern angesprochen. Viele Arbeitnehmer haben wegen mangelnder Koordination und juristischer Weiterverfolgung in israelischen Arbeitsgerichten Rechtsansprüche verloren. Die IAO hat sich bereit erklärt, den PGFTU dabei zu unterstützen, seine Fähigkeit zur Leistung von Rechtsunterstützung und Beratungsdiensten für Arbeitnehmer in Zusammenarbeit mit dem israelischen Gewerkschaftsbund Histadrut durch die Einrichtung einer Rechtsklinik zu verbessern. Die Vereinbarung von 2008 zwischen der Histadrut und dem PGFTU, erleichtert vom Generalsekretär des IGB, ist ein einzigartiges Beispiel für eine Zusammenarbeit, die Grundlage für eine wiederbelebte Partnerschaft sein kann.

125. Als Teil ihrer fortgesetzten Unterstützung der repräsentativen Verbände der Arbeitgeber und in Zusammenarbeit mit der Schwedischen Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit wird die IAO eine institutionelle Bedarfsprüfung durchführen, um so die organisatorische Kapazität zu stärken und Dienste für Mitglieder zu verbessern. Dies wird auch ihre repräsentative Rolle innerhalb des privaten Sektors und gegenüber der Palästinensischen Behörde stärken. Der Koordinierungsrat für den privaten Sektor (PSCC) in Gaza hat dringend um Unterstützung für sein „Programm für Weiterbeschäftigung/Schaffung von Arbeitsplätzen in der Industrie“ ersucht (PFI, 2009).

¹⁷ In letztjährigem Bericht wurde auf das Ersuchen der Regierung der Arabischen Republik Syrien um technische Hilfe für syrische Bürger in dem besetzten syrischen Golan hingewiesen. Vertreter der Regierung Israels teilten der Mission der IAO in diesem Jahr mit, dass sie solche Ersuchen nicht unterstützen könnten. Die syrische Ministerin für soziale Angelegenheiten und Arbeitsfragen, Diala Haj Aref, äußerte erneut den Wunsch, die praktischen Dimensionen einer solchen Hilfe zu untersuchen, die dazu dienen könnte, die Beschäftigungssituation der syrischen Bürger im besetzten syrischen Golan, ihre Rechte als Arbeitnehmer, die Entwicklung von Kleinbetrieben, Mikroinitiativen für Frauen, Berufsbildung und -ausbildung sowie andere Fragen im Zusammenhang mit menschenwürdiger Arbeit zu behandeln.

126. Aufgrund des Besuchs von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in Gaza betont die Mission der IAO die Dringlichkeit von organisatorischer Unterstützung. Arbeitgebervertreter erklärten gegenüber der Mission: „Wir sind durch die tragischen Ereignisse der letzten Zeit erschöpft“. Der Zweig des PGFTU in Gaza leidet noch immer unter Angriffen auf Gewerkschafter und unter der Beschlagnahme von Büros und Einrichtungen durch die Hamas.

127. Bei der Integration der technischen Hilfe der IAO in die Programmausarbeitung und Planung des VN-Landeteams wurden wichtige Fortschritte erzielt. Die IAO beteiligte sich mit Erfolg an der Ausarbeitung des gemeinsamen VN-Programms zur Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ermächtigung der Frau in den besetzten palästinensischen Gebieten im Rahmen des zur Realisierung der Millenniums-Entwicklungsziele vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der Regierung Spaniens eingerichteten Fonds. Nach Ende des Krieges in Gaza beteiligte sich die IAO an der Ausarbeitung des Palästinensischen Plans für raschen Wiederaufbau und wirtschaftliche Erholung für Gaza 2009-10, und sie hat eine geeignete Antwort und ein langfristig angelegtes Engagement der IAO im Rahmen des Palästinensischen Beschäftigungsprogramms vorgeschlagen. 2008 hat die IAO beim Überprüfungsprozess des Palästinensischen nationalen Entwicklungsplans eine effektive Rolle übernommen, wobei das Ziel darin besteht, eine langfristige Perspektive zur Verwirklichung menschenwürdiger Arbeit und sozialer Gerechtigkeit zu fördern.

Quellennachweis

- Adalah – The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel. 2008. *Summary of objection to the Jerusalem Regional Master Plan*, November.
- Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA). 2009a. *The Humanitarian Monitor: Occupied Palestinian territory*, März.
- . 2009b. *The Humanitarian Monitor: Occupied Palestinian territory*, Januar.
- . 2009c. *Gaza Humanitarian Situation Report*, 2. Januar.
- . 2009d. *Humanitarian Overview*, Presentation, März.
- . 2009e. *The planning crisis in East Jerusalem: Understanding the phenomenon of “illegal” construction*, Special Focus, April.
- . 2008a. *The olive harvest in the West Bank and Gaza Strip*, Oktober.
- . 2008b. *Unprotected: Israeli settler violence against Palestinian civilians and their property*, Dezember.
- . 2007-08. *Closure maps*, unter www.ochaopt.org.
- B'Tselem (Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten). 2008. *Access denied: Israeli measures to deny Palestinians access to land around settlements*, September.
- Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Friedensprozess im Nahen Osten (UNSCO). 2009. *Statement by the UN Special Coordinator, Mr Robert Serry, following his visit to Gaza*, 25. März.
- Civic Coalition for Defending the Palestinians' Rights in Jerusalem (CCDPRJ). 2008. *Forced displacement and ethnic cleansing. Israel's violations of the Palestinians' rights to residency in Jerusalem*.
- Dumont, S. 2009. „Avigdor Lieberman provoke à nouveau Washington“, in *Le Monde*, 27. April.
- Internationaler Gerichtshof (IGH). 2004. „Legal consequences of the construction of a wall in the Occupied Palestinian Territory“, in *Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders*, Advisory Opinion, 9. Juli.
- Internationaler Währungsfonds (IWF). 2009. *Macroeconomic and fiscal assessment for the West Bank and Gaza*, in World Bank, 2009, *West Bank and Gaza Update*, April.
- Internationales Arbeitsamt (IAA). 2008a. *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*, Bericht des Generaldirektors (Anhang), Internationale Arbeitskonferenz, 97. Tagung, Genf.

- 2008b. *Erweitertes Programm der technischen Zusammenarbeit für die besetzten arabischen Gebiete*, Verwaltungsrat, 303. Tagung, Genf, November, Dokument. GB.303/7.
 - 2003. *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*, Bericht des Generaldirektors (Anhang), Internationale Arbeitskonferenz, 91. Tagung, Genf.
- Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). 2009. *Occupied Golan: ICRC transports 8,000 tonnes of apples to help local communities*, News release 09/41, 17. Februar.
- Jerusalem Institute for Israel Studies. 2008. *Jerusalem: Facts and trends 2005/2006*.
- Kershner, I. 2009. „UN seeks end to razing homes in East Jerusalem“, in *New York Times*, 1. Mai.
- Konferenz von Annapolis. 2007. *Joint Understanding on Negotiations*, 27. November.
- Koordinationsstelle für Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT), Israel. 2009 und verschiedene Jahre. *Presentation to the ILO*.
- Korkus, S. 2008. *Child labour in Jewish settlements*, Kav LaOved, 28. Dezember.
- Palästinensische Hochschulgesellschaft für das Studium internationaler Angelegenheiten (PASSIA). 2007. *Israeli settlement activities and related policies in Jerusalem*, Apr.
- 2009b. *GDP per capita in remaining West Bank and Gaza Strip by the quarters of the years 2000–2008 at constant prices (1997 is the base year)*, unter www.pcbs.gov.ps [28. April. 2009].
 - 2009c. *Labour Force Survey database 2008* (unveröffentlichte Daten).
 - 2009d. *Preliminary estimates of quarterly national accounts (fourth quarter 2008)*, Pressemitteilung, April.
 - 2007-08. *Quarterly employment surveys*.
- Palästinensische nationale Behörde. 2009. *The Palestinian National Early Recovery and Reconstruction Plan for Gaza, 2009-2010*, International Conference in Support of the Palestinian Economy for the Reconstruction of Gaza, Sharm el-Sheikh, Ägypten, 2. März.
- Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU). 2009. *Israeli soldiers disrupt peaceful May 1st march of workers in the West Bank*, Pressemitteilung, 1. Mai.
- Palästinensischer Industrieverband (PFI). 2009. *Industrial job retention/creation program*, April.
- Palästinensisches Handelszentrum (PALTRADE). 2009. *Gaza Strip Crossings Monitoring Monthly Report*, März.
- 2008. *Gaza Terminal Movement Terminals Monitoring Monthly Report*, Dezember.
- Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS). 2009a. *Labour Force Survey October-December 2008, Round Q4/2008*, Februar.
- Portland Trust. 2007. *Economics in peacemaking: Lessons from Northern Ireland*, Mai.
- Private Sector Coordination Council (PSCC), Gaza Governorates. 2009. *Gaza private sector: Post-war status and needs*, Preliminary Assessment Report, 25. Februar.

- Rat der Europäischen Union. 2009. *Erklärung des Vorsitzes im Namen der Europäischen Union zu der Siedlungstätigkeit Israels*, 24. Februar, unter www.consilium.europa.eu.
- Sharm el-Sheikh Fact-Finding Committee. 2001. *Final report* (Mitchell Report), unter www.al-bab.com [6. Mai 2009].
- Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. 2009a. *Resolution 1860 adopted by the Security Council at its 6063rd Meeting*, Dokument S/RES/1860, 8. Januar.
- . 2009b. Briefing by Mr B. Lynn Pascoe, Under-Secretary-General for Political Affairs, in *The situation in the Middle East, including the Palestinian question*, 6100. Tagung, 64. Jahr, Dokument S/PV.6100, 22. März.
- . 2003. Annex: „A performance-based road map to a permanent two-State solution to the Israeli–Palestinian conflict“, Dokument S/2003/529, 7. Mai.
- . 1968. *Resolution 252*, Dokument S/RES/252 (1968), 21. Mai.
- Statistisches Zentralamt (CBS) (Israel). 2009. *Monthly Bulletin of Statistics*, No. 3/2009, unter www.cbs.gov.il.
- . 2008. *Statistical Abstract of Israel 2008*.
- Unabhängiges Komitee für Menschenrechte (ICHR). 2008. *The status of human rights in the Palestinian-controlled Territory*, 14. Jahresbericht, Zusammenfassung, 1. Januar–31. Dezember.
- US Department of State. 2009. „Chapter 2. Country reports: Middle East and North Africa overview“, in *Country Reports on Terrorism 2008*, 30. April.
- Vereinte Nationen. 2008. *Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and the occupied Syrian Golan*, von der Generalversammlung angenommene Resolution A/RES/63/97, 18. Dezember.
- . 2004. *Advisory opinion of the International Court of Justice on the legal consequences of the construction of a wall in the occupied Palestinian territory, including in and around East Jerusalem*, von der Generalversammlung angenommene Resolution A/RES/ES-10/15, 2. August.
- Weltbank. 2009. *West Bank and Gaza Update*, April.
- Wilson, W. J. 1996. *When work disappears: The world of the new urban poor* (New York, A. Knopf).

Anhang

Verzeichnis der Gesprächspartner

Palästinensische Institutionen

Palästinensische Behörde

Arbeitsministerium

Samir Abdullah, Minister für Arbeit und Planung

Nasser Katami, Zweiter Sekretär, Angelegenheiten der Arbeitsverwaltung

Rami Mehdawi, Leiter des Ministerbüros

Ali Qdeimat, Generaldirektor, Aufsicht und Arbeitsschutz

Abdul Majid Swailem, Generaldirektor, Planung und Politik

Khaldoun Musleh, Generaldirektor, Beschäftigungsfragen

Hani Al-Shanti, Direktor der Abteilung für internationale Zusammenarbeit

Arbeitsministerium, Jenin

Ahmad Daragmeh, Direktor, Arbeitsministerium, Zweigstelle Jenin

Wirtschaftsministerium, Jenin

Emad Abu Tabeekh, Generaldirektor

Planungsministerium

Cairo Arafat, Generaldirektorin, Hilfsmanagement und -koordination

Lourdes Habash, Direktorin, Abteilung für internationale Organisationen

Ministerium für Kommunalverwaltung, Ortschaft Yabad

Walid Alabady, Bürgermeister von Yabad

Abdullah Al-Kilani, Stellvertretender Bürgermeister

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) /

Palästinensischer Legislativrat (PLC)

Saeb Erakat, Leiter der Abteilung für Verhandlungen

Büro des Präsidenten

Rafiq Hussein, Stabschef

Adnan Hussein, Berater des Präsidenten für Jerusalem-Angelegenheiten

Palästinensischer Wirtschaftsrat für Entwicklung und Wiederaufbau (PECDAR)

Mohammad Shtayyeh, Präsident

Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS)

Ola Awad, Stellvertretende Präsidentin, Planung und Außenbeziehungen

Suha Kana'n, Direktorin, Abteilung Erwerbsbevölkerung

Ameneh Khaseib, Direktorin, Abteilung Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Mohammad Al-Omari, Generaldirektor, Bevölkerungs- und Sozialstatistik

Saleh Al-Kafri, Generaldirektor, Wirtschaftsstatistiken

Palästinensische Währungsbehörde (PMA)

Jihad Al-Wazir, Gouverneur

Riyad M. Abu Shehadeh, Direktor, Abteilung Bankenaufsicht

Mohammad Atallah, Verwaltungsleiter, Abteilung Forschung und Währungspolitik

Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und andere Organisationen

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Nablus

Shaher Sae'd, Generalsekretär

Ghada Abu Ghalyoon, Koordinatorin der Abteilung für Jugendfragen

Fathi Nasser, Abteilung für öffentliche Angelegenheiten und Rechtsberater

Amna A. J. Mafarja, Abteilung Frauenfragen

Hussain Fuqaha, Mitglied des Exekutivkomitees

Ibrahim Daragmah, Mitglied des Exekutivkomitees

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Jenin

Abdel Hakeem Shebani, Stellvertretender Generalsekretär

Bayer Said Bayer, Sekretariat, Sekretär für Jugendhilfe

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Gaza

Ayesh Ebaid, Stellvertretender Generalsekretär des PGFTU und Vorsitzender der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer im Baugewerbe und Zimmerhandwerk

Tariq Al-Hindi, Sekretär des PGFTU und Generalsekretär der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft

Bashir Al-Sici, Stellvertretender Generalsekretär, Allgemeinen Union des öffentlichen Dienstes

Wael Khalaf, Mitglied des Exekutivkomitees

Mohamed Heles, Mitglied des Exekutivkomitees

Abdul Raouf Mahdi, Sekretär für internationale Beziehungen

Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), Al-Ram

Ahmad Hashem Zoghayyer, Präsident

Jamal Jawabreh, Direktor

Handelskammer von Salfit

Fuad Awad, Präsident

Handelskammer von Nord Hebron

Zain El-Din Shalaldeh, Präsident

Handelskammer von Jerusalem

Azzam Abu-Elso'od, Direktor

Handelskammer von Hebron

Jibrel Al-Natsheh, Sekretär

Industrie- und Handelskammer von Nablus (NCCI)

Nameer T. Khayyat, Generaldirektor

Handelskammer von Jenin

Nasr Atyani, Generaldirektor

Handelskammer von Gaza

Bassam Mortaja, Geschäftsführer

Maher Al-Taba', Direktor, Öffentlichkeitsarbeit

Mohammed Yazegi, Leiter, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Handelskammer von Gaza, und Vorsitzender, Yazegi Group for Soft Drinks Ltd

Palestinian Contractors Union, Gaza

Mohammed Hussaini, Geschäftsführer

Taysir Aziz, Vorstandsmitglied

Mahmoud Abde, Vorstandsmitglied

Zoheir Dawoud, Vorstandsmitglied

Sa'di Salama, Vorstandsmitglied

Palästinensischer Verband der Geschäftsleute, Gaza

Nabil Abu Muaileq, Schatzmeister

Faysal Shawa, Vorstandsmitglied

Alawda for Nutritive Products Manufacturing Company, Gaza

Mohammed A. Telbani, Geschäftsführer

Palestinian Information Technology Association, Gaza

Mohammad El-Alami, Stellvertretender Vorsitzender

Palästinensischer Industrieverband

Bassim S. Khoury, Vorsitzender, PFI Westjordanland, und Geschäftsführer der PharmaCare PLC

Amr Hamad, Exekutivdirektor, PFI Gaza

Palästinensisches Handelszentrum (PALTRADE)

Maher Hamdan, Vorstandsvorsitzender

GTZ Center for Small Enterprises, Gaza

Maher Abu Amsha, Niederlassungsleiter, Gaza

Sharhabeel Alzaeem and Associates, Gaza

Sharhabeel Al Za'eem, Gründer und Seniorchef

PalThink for Strategic Studies, Gaza

Omar Shaban, Präsident und Vorstandsvorsitzender

Palästinensische Hochschulgesellschaft für das Studium internationaler Angelegenheiten (PASSIA)

Mahdi Abdul Hadi, Präsident

Al-Haq, Ramallah

Shawan Jabarin, Generaldirektor

Zahi Jaradat, Koordinator der Feldforschung

Unabhängiges Komitee für Menschenrechte, Ramallah

Mamdouh Aker, Generalkommissar

Civic Coalition for Jerusalem, Welfare Association

Zakaria Odeh, Exekutivdirektor

Israelische Institutionen

Regierung Israels

Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit

Shlomo Itzhaky, Verantwortlicher für Arbeitsbeziehungen

Fahd Nofal, Direktor, Internationale Beziehungen

Außenministerium

Tibor Shaler Schlosser, Direktor, Abteilung Internationale Organisationen

Noa Furman, Stellvertretender Direktorin, Abteilung Internationale Organisationen

Koordination der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT)

Uri Singer, Leiter, Abteilung Auswärtige Beziehungen

Adam Winzer, Stellvertretender Leiter, Abteilung Infrastruktur

Doron Segal, Leiter der Wirtschaftsabteilung

Ofer Mey-Tal, Abteilung Übergänge, Zivilverwaltung (Westjordanland)

Oded Herrmann, israelische Streitkräfte

Alex Rozenzweig, Leiter, Sektion zivile Koordination

Verbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und andere Organisationen

Allgemeiner Israelischer Gewerkschaftsbund (Histadrut)

Avital Shapira-Shabirow, Direktorin, Internationale Abteilung

Yousef Kara, Vertreter der Histadrut bei der Internationalen Arbeitsorganisation, Mitglied des Exekutivbüros

Eli Cohen, Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitnehmer im Baugewerbe

Ori Strassberg, Desk Manager, deutschsprachige Länder, internationale Abteilung

Jado Farhat, Koordinator im Golan

Samar Break, Vertreterin, Frauenfragen im Golan

Haitham Abu-Awad, Lehrer, Masa'dah High School im Golan

Gisha – Legal Center for Freedom of Movement

Tania Hary, Direktorin, Internationale Beziehungen

Kav LaOved – Workers' Hotline

Roy Wagner, Koordinator für Außenbeziehungen und Vorstandsmitglied

Raed Abu Yusef, Kav-LaOved-Projekt für Palästinenser

Salwa Alinat, Palästinensisches Kav-LaOved-Projekt für Palästinenser

Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Friedensprozess im Nahen Osten (UNSCO)

Robert H. Serry, Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Friedensprozess im Nahen Osten

Maxwell Gaylard, Stellvertretender Sonderkoordinator und Residierender Koordinator für humanitäre Maßnahmen

Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), Besetztes palästinensisches Gebiet

Ray Dolphin, Berater

Adeeb Salman, Assistent für humanitäre Angelegenheiten

Iyad Shwaikeh, Analytiker für humanitäre Angelegenheiten

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Filippo Grandi, Stellvertretender Generalkommissar

John Ging, Direktor, UNRWA-Maßnahmen, Gaza

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen/ Hilfsprogramm für das palästinensische Volk (UNDP/PAPP)

Roberto Valent, Stellvertretender Sonderbeauftragter

Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Besetztes palästinensisches Gebiet

Eva Tomič, Leiterin des Amtes

Internationaler Währungsfonds, Westjordanland und Gaza

Oussama Kanaan, Missionschef und Residierender Vertreter

Weltbank, Landesbüro für das Westjordanland und Gaza

John Nasir, Wirtschaftswissenschaftler

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Barbara Amstad, Missionschefin

Europäische Union

Christian Berger, Vertreter, Europäische Kommission, Büro für technische Hilfe (Westjordanland, Gazastreifen)

Thomas Boyer, Task Manager, Europäische Kommission, Büro für technische Hilfe (Westjordanland, Gazastreifen)

Besetzter Syrischer Golan

Majd Abu Saleh, Rechtsanwalt

Thaer Abu Saleh, Direktor, Gewerbeschule

Kanj Sleiman Abu Saleh, Landwirt

Salah Moughrabi, Landwirt

Hayel Abu Jabal, Landwirt

Mahmoud Merei, Landwirt

Treffen in Damaskus, Arabische Republik Syrien

Diala Haj Aref, Ministerin für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Issa Maldaoun, Stellvertretender Minister für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Ahmad Habbab, Mitglied des Exekutivbüros, Allgemeiner Gewerkschaftsverband

Riad Hejab, Gouverneur vom Distrikt Quneitra

Internationaler Bund arabischer Gewerkschaften (ICATU)

Faisal Mohammed Abdullah, Untergeneralsekretär, Verwaltungs- und Finanzfragen, Damaskus

Toma Al-Jawabrah, Untergeneralsekretär für arabische Beziehungen

Mohamed Badran, Untergeneralsekretär

Jamal Al-Shamasat, Untergeneralsekretär für Fachausschüsse und Arbeitsgesetzgebung

Hayef el-Ajami, Untergeneralsekretär

Abdel Sattar Mansour, Untergeneralsekretär

Faisal Abdullah, Assistent

Treffen in Kairo, Ägypten

Mohamed M. Sobeih, Botschafter und Beigeordneter Generalsekretär, Sektor Palästina und besetzte arabische Gebiete, Liga der arabischen Staaten

Soheir Bessiso, Minister mit unbeschränkter Vollmacht

Ahmed Maghary, Dritter Sekretär

Ahmad Mohamed Luqman, Generaldirektor, Arabische Arbeitsorganisation

Ridha Guissouma, Direktor, Humanressourcen, Arabische Arbeitsorganisation

Amin Faris, Arabische Arbeitsorganisation

Eman Abdel Maksoud, Arabische Arbeitsorganisation